

Geld und Boden

Zwei Vorträge von
Margrit Kennedy
und Gesima Vogel

Gesellschafts-Broschüre 1989 der
Liberalsozialistischen Partei der Schweiz und der
INWO, Internationale Vereinigung für natürliche Wirtschaftsordnung

Geld und Boden

**Zwei Vorträge von Margrit Kennedy
und Gesima Vogel**

Gesellspende-Broschüre der
Liberalsozialistischen Partei der Schweiz (PC-Kto. 30-1771-2) und der
INWO, Internationale Vereinigung für natürliche Wirtschaftsordnung

Die Gesellspende dient der Finanzierung unserer Aktivitäten im Sinn
von Silvio Gesell, dem Begründer des sozialen Liberalismus

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
«Frauen tragen die grösste Last» Vortrag von Margrit Kennedy, gehalten an der Tagung der INWO anlässlich des 125. Geburtstages von Silvio Gesell in St. Vith am 17.3.1987	5
Vorwort	19
«Die Bodenfrage – ein Weltproblem» Vortrag von Gesima Vogel, gehalten an der Herbsttagung der LSP in Aarau am 12.11.1988	21
Weiterführende Literatur	39

Vorwort

Die Verfasserin der vorliegenden Schrift ist eine weitgereiste und sprachgewandte Frau. Im Sommer 1983 kam sie anlässlich einer Tagung über «Ökonomie und Ökologie» mit der Freiwirtschaft in Berührung. In der weiteren Beschäftigung mit dem Gedankengut Silvio Gesells wurde ihr klar, wie sehr sich gerade Frauen für die Freiwirtschaft einsetzen sollten. Überall in der Welt leiden die Frauen am meisten unter dem wirtschaftlichen Chaos und dem sozialen Elend, welches durch unser heutiges Geldsystem und das Bodenrecht verursacht wird.

Margrit Kennedy ist Berlinerin, verheiratet mit einem Irländer. Sie ist Architektin und Stadtplanerin mit einem Doktorat in öffentlichen und internationalen Angelegenheiten von der «Graduate School of Public and International Affairs, University of Pittsburgh». Ihre Arbeiten umfassen sowohl praktische, städtebauliche Planungen und architektonische Entwürfe in Deutschland, Nigeria, England und den USA wie auch Forschungsarbeiten für die UNESCO und OECD und zahlreiche Publikationen. Im Rahmen der Internationalen Bauausstellung West-Berlin war sie von 1979 bis 1984 für den Forschungsbereich Ökologie/Energie verantwortlich.

Zur Zeit gehört sie als freischaffende Architektin zu einer Gruppe in Steyerberg bei Hannover, die dabei ist, eines der ersten europäischen Beispiele für Permakultur umzusetzen.

Ihr erster Aufsatz über die Wirkung des heutigen Geldsystems entstand durch die Erfahrung, dass Ökologie und Ökonomie zur Zeit gegensätzlichen Wachstumsprinzipien folgen und dass die Durchführung ökologischer Ansätze in diesem System immer auf Schwierigkeiten stösst. Aus diesem Grund versucht sie seit 1983, die Öffentlichkeit über Möglichkeiten der Veränderungen im Geld-, Boden und Steuerrecht zu informieren, die einer Verwirklichung ökologischer und sozialer Ziele eher angemessen sind. Seit 1984 hat sie Vorträge über Geld-, Boden- und Steuerreform in Australien, Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Griechenland, Holland, Indien, Irland, Österreich, Schottland, Schweden und den USA gehalten.

Ihr neuestes Buch hat sie in Englisch geschrieben. Es trägt den Titel: «Interest and Inflation Free Money: How to Create an Exchange Medium that Works for Everybody» (Zins- und inflationsfreies Geld: Wie muss ein Tauschmittel beschaffen sein, dass für jedermann arbeitet).

Wir freuen uns, Ihnen in der vorliegenden kleinen Schrift einen kurzen Abriss der grundlegenden Erkenntnisse vom Sozialreformer Silvio Gesell in

aktueller Form und von einer Frau für Frauen dargestellt präsentieren zu können. Wir hoffen, viele Frauen (und Männer!) lassen sich durch die Lektüre dieser Arbeit zum Studium der im Anhang empfohlenen Schriften anregen und auf die interessanten Lösungsmöglichkeiten jenseits von Kapitalismus und Kommunismus-Marxismus neugierig machen.

W. Rosenberger

Margrit Kennedy – Frauen tragen die grösste Last

Krieg, Geldsystem und Bodenrecht*

Nach einer Berechnung der Vereinten Nationen Ende der 70er Jahre würde die Versorgung aller Menschen mit Nahrung, Wohnungen, Bildungseinrichtungen und Krankenhäusern etwa soviel kosten, wie zu diesem Zeitpunkt weltweit alle zwei Wochen für Rüstung ausgegeben wurde. Die Erklärungen, die für diesen Wahnsinn herangezogen werden, sind zahlreich. Fragt man überzeugte Christen, Mohammedaner oder Buddhisten, so sind für sie die Gründe religiöser Natur. Sie argumentieren, dass der westliche Mensch seine geistige und moralische Entwicklung vernachlässigt hat. Für viele Vegetarier liegt einer der Hauptgründe im Fleischkonsum (Sommer 1982); für Feministinnen in der Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen ebenso wie der weiblichen Seite im Mann und in der Gesellschaft (Daly 1978, Pilgrim 1973); für Pädagogen, Soziologen oder Psychologen in veralteten Erziehungsstrukturen und hierarchischen Organisationsformen (Liedloff 1982, Miller 1981); für Politologen in der Zentralisierung von Macht in den Händen Weniger (Pateman 1970, Kochen und Deutsch 1980); für Ökologen in der Ausbeutung und Vernichtung der natürlichen Lebensgrundlagen und der zunehmenden Energieverschwendung und Entropie nach dem zweiten Gesetz der Thermodynamik (Rifkin 1982). Ich habe diese eher zufällige Liste von Gründen mit Namen versehen, weil ich glaube, dass obwohl jede(r) Autor(in) durchaus Recht hat, jede(r) auch den Fehler begeht, den Gesamtkomplex unserer Probleme von einem einzigen Grund erklären und lösen zu wollen. Natürlich gibt es keine einzige richtige Erklärung, und welche dieser Gründe die ausschlaggebenden sein werden in ihrem Beitrag zur Zerstörung unserer Zivilisation, werden eines Tages vielleicht diejenigen entscheiden können, die sie überleben.

Ich möchte hier für den Einbezug zweier Einzelfaktoren in die Gesamtanalyse plädieren, die zwar als alleinige Erklärung auch nicht ausreichen, aber doch eine wichtige und viel zu wenig beachtete Rolle bei fast allen oben genannten Phänomenen spielen: unser Geldsystem und unser Bodenrecht, und ich möchte begründen, warum besonders Frauen an der Kenntnis dieser Zusammenhänge und einer grundlegenden Veränderung ein Interesse haben müssen.

*aus: Rüdiger Lutz et. al (Hrsg.), Frauenzukünfte: Öko-Log-Buch 3, Beltz Verlag, 1989, S. 64–71

Die im folgenden dargelegten Ideen basieren auf der von Silvio Gesell und zahlreichen Nachfolgern vertretenen «Freiwirtschaftslehre», die als Alternative sowohl zum Kommunismus wie auch zum Kapitalismus aus verständlichen Gründen in beiden Systemen totgeschwiegen wird. Konsequenter angewendet würde sie die Akkumulation von Geld und Macht in den Händen Weniger abbauen und sowohl das Chaos der Freiheit auf der einen Seite wie auch das Gespenst der Unfreiheit auf der anderen bannen. An beiden kann den jetzigen Machthabern hüben und drüben nicht gelegen sein, wohl aber denen, die diese Systeme der Ausbeutung von Mensch und Natur zugunsten der wenigen Privilegierten mittragen müssen.

Nun gehört zwar die Bevölkerung Westeuropas zu denen, die privilegiert sind und andere, nämlich die Dritte Welt, ausbeuten. Sie gehört aber auch zu 90 Prozent zu den Ausgebeuteten im Hinblick auf diejenigen, die von der heutigen kapitalistischen Geld- und Bodenordnung wirklich profitieren. Die Ausgebeuteten der Dritten Welt haben im Moment kaum eine Chance, ihre Situation ohne Gewalt und zahlreiche Todesopfer zu verändern. Ebenso geht es den Menschen unter kommunistischer Herrschaft. Auch in Amerika wird eine Veränderung, die dem Grosskapital nicht dient, kaum durchzusetzen sein. Deshalb besteht die einzige Möglichkeit für ein grundsätzliches Umdenken in Europa. Nur hier gibt es im Moment ein Bildungssystem und freie Wahlen, die noch eine Kurskorrektur ermöglichen (vielleicht ist das der Grund, warum Europa als Kriegsschauplatz für den 3. Weltkrieg dienen soll). Ebenso wie Yoshito Otani, Helmut Creutz, Dieter Suhr und andere, die die Lehre Gesells auf die heutige Situation bezogen und weiterentwickelt haben, gehe ich davon aus, dass hier in diesem Kulturkreis die Entscheidung fällt, ob wir zu einer stabilen und gerechten sozialen Ordnung finden oder nicht. Bevor wir etwas in der Welt verändern können, müssen wir uns selbst und unser Gesellschaftssystem verändern. Was bei vielen Nachfolgern Silvio Gesells (von Ausnahmen wie z.B. Hans Weitkamp abgesehen) jedoch häufig entfällt, ist der Vorschlag, die beiden grundlegenden Reformen im Geldwesen und im Bodenrecht mit der Sicherung der ökonomischen Unabhängigkeit der Frauen und Kinder zu koppeln. Ein Vorschlag, der kühner und weitsichtiger ist als vieles, was im Rahmen feministischer Konzepte (z.B. zum Thema «Lohn für Hausarbeit») bisher diskutiert worden ist, und was sich gleichzeitig als ein kluger Weg zur Absicherung der Gesamtreform erweisen könnte.

Ich möchte an dieser Stelle der Freisozialen Union danken, durch deren Jahrestagung im Sommer 1983 zum Thema «Ökonomie und Ökologie» ich zum ersten Mal mit diesem Gedankengut in Berührung gekommen bin. Erst die weitere Beschäftigung mit der freiwirtschaftlichen Lehre hat mir jedoch klar gemacht, warum der Anteil der Frauen in dieser Gruppe so un-

verhältnismässig hoch ist. Hier hat ein wirklich genialer Aussenseiter die wirtschaftlichen und sozialen Nachteile, die mit unserer biologischen Funktion verbunden sind, erkannt und versucht, zugleich mit anderen Benachteiligungen zu beseitigen.

Das Geld als Ursache für Krieg und Unterdrückung

Das Grundübel unseres heutigen Geldes ist die Tatsache, dass es zwei widersprüchlichen Zwecken dient. Zum einen dient es als Tauschmittel und ist damit die Voraussetzung für eine funktionierende Arbeitsteilung, das heisst Grundlage jeder Zivilisation. Zum anderen ist es aber auch hortbar, und in dieser Eigenschaft kann es den Tausch verhindern. Die Unvergänglichkeit des Materials Geld stellt es dem Geldbesitzer frei, das Geld auszugeben oder aufzubewahren. Damit aber erlangt das Geld eine Vorrangstellung vor allen anderen Waren (die entweder verderben oder Aufbewahrungs- und Lagerkosten verursachen), welche sich auch auf den, der es besitzt (gegenüber anderen, die Waren besitzen oder produzieren), überträgt.

Aber nicht das Festhalten des Geldes selbst, sondern die Möglichkeit, dies zu tun *und damit* die gesamte Wirtschaft lahmzulegen, ist die Gefahr. Sie ist gleichzeitig die Voraussetzung für den Zins, den der Geldbesitzer, ohne dafür einen Finger zu krümmen, erheben kann. Die Höhe des Zinses wird von Angebot und Nachfrage bestimmt. Ist das Geldangebot knapp und der Bedarf nach Kredit gross, wird der Zins steigen. Und umgekehrt ist das Geldangebot gross und der Bedarf nach Kredit gering, werden die Zinsen sinken. Im Laufe einer Wirtschaftsblüte, wie wir sie nach dem ersten und zweiten Weltkrieg erlebt haben, werden zuerst hohe Zinserträge erzielt, weil der Bedarf nach Kredit gross ist. Gleichzeitig vermehren diese Kapitalerträge aber auch das Angebot, und mit der Zeit verschlechtern sich die Bedingungen zur Erzielung hoher Zinsen und der Zins fällt. Es tritt der Zeitpunkt ein, bei dem es sich nicht mehr rentiert, überhaupt Kapital anzulegen. Diese Grenze liegt erfahrungsgemäss bei zwei bis drei Prozent. Da eine Geldanlage dann nicht mehr rentabel ist, setzt ein allgemeiner Streik der Geldbesitzer ein, der die gesamte Volkswirtschaft trifft. Die Folgen sind bekannt: Sparmassnahmen, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, Firmenpleiten, bis hin zum Staatsbankrott, wie sich das heute in den Ländern der Dritten Welt immer deutlicher abzeichnet.

«Hortbares Geld birgt also unter bestimmten Bedingungen ein volkswirtschaftliches Risiko, dessen Folgen nicht der trägt, der es verkörpert und auslöst, sondern – etwas vereinfacht ausgedrückt – die Volkswirtschaft.» (Suhr, S. 94)

Viele politische und religiöse Führer wie Moses, Jesus Christus, Mohammed, Luther, Zwingli, Ghandi haben versucht, durch ein Verbot des Zinsnehmens solche Entwicklungen zu verhindern. Sie sahen jedoch nur die Folgen, aber nicht die Ursachen der Ungerechtigkeit, und der Fehler im System blieb unangetastet. Warum dieses grundlegende Problem bis heute ungelöst ist, dafür gibt es meines Erachtens zwei Hauptgründe:

Erstens bringen gerade die Mängel des Systems denjenigen die grössten Vorteile, welche auch die Macht hätten, das System zu verändern. Aber warum sollten sie das tun?

Zweitens sind die Mängel für diejenigen schwer zu durchschauen, die keinen Vorteil davon haben und auch von ihrer biologischen Lebenserfahrung her keine vergleichbaren Phänomene kennen. Der Grund ist, dass der Mechanismus des Zins und Zinseszins immer auf eine Exponential- das heisst Verdoppelungskurve hinausläuft. Diese wächst im Anfang langsam, zum Schluss aber sehr schnell, im Gegensatz zu *natürlichen Wachstumskurven*, denen alle biologischen Vorgänge unterliegen. Unser Körper z.B. wächst zuerst schnell, dann langsam und hört ab einer optimalen Grösse auf zu wachsen. Nur *krankhafte* Vorgänge, wie zum Beispiel Krebs, haben in der Natur auch ein exponentielles Wachstum. Und gerade, weil er zuerst langsam, dann, wenn es bereits zu spät ist, aber sehr schnell wächst, ist Krebs eine so heimtückische Krankheit. Genauso heimtückisch ist ein *exponentielles Wachstum* des Geldes in den Händen von Wenigen. Es ist für uns kaum vorstellbar oder nachvollziehbar in seiner ganzen Gefährlichkeit.

Dass dies fast allen Menschen so geht, dafür ist das schlagendste Beispiel die bekannte Geschichte von dem chinesischen Kaiser, der dem Erfinder des Schachspiels aus Dankbarkeit einen Wunsch erfüllen wollte. Der schlaue Mathematiker wünschte sich auf dem ersten Feld des Schachspiels ein Weizenkorn und auf jedem folgenden Feld des Schachspiels die doppelte Menge. Der Kaiser war zuerst ob des bescheidenen Wunsches entzückt, bis sich herausstellte, dass die vielfache Ernte seines gesamten Landes nicht ausgereicht hätte, den Wunsch zu erfüllen (irgend jemand hat vor nicht allzulanger Zeit die Rechnung aufgestellt, dass beim 64., also beim letzten Feld 7 heutige Welternten Weizen herauskommen).

Den Widersinn dauernden Zinsbezuges hat auch Otto Valentin an einem kleinen Beispiel sehr drastisch dargestellt. Bei fünf Prozent Zins und Zinseszins verdoppelt sich ein Vermögen in etwa 15 Jahren (genau 14.21 Jahre). Hätte jemand zur Zeit von Christi Geburt einen Pfennig zu diesem Zinssatz angelegt, hätte dieser Pfennig sich bis zum Jahr 1950 130mal verdoppelt. Nach 15 Jahren wären es zwei Pfennig, dann jeweils nach weiteren 15 Jahren 4, 8, 16, 32, 64, 128, 256, 512 Pfennig, nach der zehnten Periode, also nach 150 Jahren 1024 Pfennig oder 10,24 Mark. Nun geht es schon rascher, nach 300 Jahren sind es bereits 10485,76

Mark und nach 390 Jahren (also zur Zeit der Regierung des Kaisers Theodosius) 671040 Mark. Dieser Geldbetrag entsprach damals etwa 240 kg Feingold. Rechnet man in dieser Einheit weiter, so ergeben sich bis zur 130. Periode im Jahr 1950 *58 Millionen Erdkugeln aus Gold.*

«Diese Rechnung zeigt, dass dauernder Zinsbezug eine mathematisch beweisbare Unmöglichkeit darstellt – zeigt es mit der Wirkung eines Symbols: Der Zins verschlingt die Welt! . . . Zwischen der wirtschaftlichen Berechtigung und der mathematischen Unmöglichkeit klappt ein unüberbrückbarer Widerspruch. Und dieser Widerspruch hat in der Vergangenheit immer wieder dazu geführt, wenn schon nicht der Zins selbst, so doch seine üblen Folgen in Gestalt riesiger Vermögenszusammenballungen in wenigen Händen durch Blut- und Gewalttaten auszulöschen . . . Hier liegt die tiefere Wurzel der Proskriptionen und Prognome, der Inquisition und Hexenverbrennung, der Revolutionen und Kriege, der periodischen Staatsbankrotte und Inflationen, sowie neuerdings des Totalitarismus und der verschiedenen sonstigen ...ismen.» (Valentin, S. 67–68)

In der Praxis sieht das dann zum Beispiel so aus, dass die Zinserträge der deutschen Banken von 100 Prozent (1971) auf ca. 400 Prozent (1981) steigen, allein von *1978 bis 1981* von 111 Milliarden auf 214 Milliarden DM. Die eigentlichen Unternehmergewinne steigen dagegen im selben Zeitraum (1971–1981) von 100 Prozent auf 145 Prozent und sind seit 1979 rückläufig. Eine Bankiersfamilie wie die Rothschilds, die auf Grund des kirchlichen Zinsverbots für Christen im Mittelalter zur grössten Finanzmacht Europas werden konnten, hatte zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg ein Jahreseinkommen aus Zinsen, welches etwa viermal so gross war wie das gesamte Einkommen der deutschen Volkswirtschaft. Sicherlich war dies mit ein Grund, dass es Hitler gelungen ist, mit dem politischen Ziel der «Brechung der Zinsknechtschaft» grosse Wählergruppen auf seine Seite zu ziehen und gleichzeitig die Juden zu diffamieren. Noch heute wird einigen Anhängern der Lehre Gesells diese Mitläuferschaft auf Zeit zu Recht übelgenommen. Die Tatsache, dass Hitler die Zinsknechtschaft *nicht* beseitigt hat, sondern im Gegenteil seinen Aufstieg und Krieg mit Hilfe des Grosskapitals finanzieren konnte, übersehen diejenigen leicht, denen dieses Versprechen im Zusammenhang mit Vergasung von Millionen Juden im Gedächtnis geblieben ist. Heute sind es wahrscheinlich weniger Privatfamilien als multinationale Konzerne, die oft ein Vielfaches von dem, was sie in ihrer Produktion erwirtschaften, aus Kapitalinvestitionen einnehmen, besonders natürlich aus Anlagen im lukrativen Rüstungssektor und im Geschäft mit internationalen Währungsschwankungen.

Sowohl Silvio Gesell (um 1910) wie auch 1981 mit zusätzlichem historischem Material Yoshito Otani und Dieter Suhr zeigen nun, wie wenig der Marxismus/Leninismus dieses Problem erkannt hat und damit auch die falsche Lösung, nämlich die Verstaatlichung der Produktionsmittel anzustreben musste. In der Produktionssphäre entsteht der Mehrwert. In der Zirkulationssphäre wird er jedoch verteilt.

Diese Erkenntnis hatte bereits Proudhon (1809–1865), der vor Marx und Gesell eine Wirtschafts- und Geldreform entwarf, die einen vollkommenen und regelmässigen Gütertausch garantieren sollte. Seine Analyse, dass im horten Geld das entscheidende Problem lag, stimmte zwar; seine Lösung, das Geld zu beseitigen und den Gütertausch durch grosse Tauschringe zu bewältigen, war jedoch schwierig zu organisieren. Die führte Marx in seiner Auseinandersetzung mit Proudhon und dem Geld auch dazu, die richtige Analyse zu verwerfen und die Entstehung des Mehrwerts in der Produktions- statt der Zirkulationssphäre zu suchen – mit der geschichtlichen Konsequenz, dass heute etwa ein Drittel der Menschheit noch immer mit diesem Denkfehler «real existieren» muss.

Staatskapitalismus statt Privatkapitalismus aber ist, wie wir heute wissen, nicht die Lösung aus dem Dilemma. Beide beuten den Menschen aus, nur unter verschiedenen Vorzeichen.

In seinem Buch «Geschichte des Kapitalismus» schildert Otani den Kommunismus als ein Kind des Kapitalismus. Die Finanzierung der Oktoberrevolution erfolgte durch die deutsche Heeresführung und kapitalistische Geldgeber, die möglicherweise auch voraussahen, dass sie damit ein System unterstützten, welches ihnen den permanenten Grund für Rüstung und mehr Rüstung liefern würde. Sieht man die heute offensichtlichen Widersprüche im Verhalten der USA gegenüber Russland: militärisches Wettrüsten und Angstschüren auf der einen Seite und die Lieferung von Getreide und technischem Knowhow auf der anderen – einmal unter rein ökonomischen Gesichtspunkten, so löst sich dieser Widerspruch sofort auf. Ohne die angebliche russische Bedrohung würde kein westlicher Staat jemals bereit sein, so viele Milliarden für Rüstungsausgaben bereit zu stellen. Noch weniger aber würde der Ostblock mit seiner ineffizienten Planwirtschaft so effizient rüsten können und damit die Spirale um die notwendige Windung höher schrauben können, wenn er die amerikanischen Weizen- und europäischen Butterlieferungen nicht hätte.

Die Lösung des Geldproblems

Seit etwa 1890 gibt es eine Theorie des Geldes und eine «natürliche Wirtschaftsordnung» von Silvio Gesell, die sich zum Kapitalismus *und* Kommunismus etwa so verhält wie das ptolemäische Weltbild (die Sonne kreist um die Erde) zum kopernikanischen (es verhält sich in der Tat genau umgekehrt). Statt Zins zu zahlen schlägt Gesell vor, eine Nutzungs- oder Rückhaltegebühr zu erheben, um den Umlauf des Geldes zu sichern. Das Geld wird also auf seine Funktion als Tauschmittel beschränkt und unterliegt nur dann einer Entwertung, wenn es zurückgehalten wird. Hat man mehr Geld als man braucht, bringt man es zur Bank, die es verleiht und damit wieder in Umlauf bringt. Vom Schuldner dagegen wird nur die Geldmenge erhoben, die die Arbeit der Bank bei diesem Vorgang bezahlt plus Risikosicherung, beides Gebühren, die auch in jeder heutigen Transaktion als kleiner Anteil enthalten sind. Sie machen meist nicht mehr als 0,7–1,5 Prozent aus.

Grundlage der Reform ist die Anpassung der Geldmenge an die Warenmenge, die in einer bestimmten Volkswirtschaft produziert wird. Das Geld geht also praktisch als ein gegenseitiger Kredit auf alle Waren und Leistungen aus der Volksallgemeinheit hervor. Jeder hat das gleiche Recht zu seiner Benutzung. Das heisst nicht, dass jeder immer die gleiche Summe in der Hand hat. Da jeder dieselbe Nutzungsgebühr entrichten muss und weiss, dass sein Geld kontinuierlich abnimmt, wenn er es als Bar- oder Girogeld zurückhält, wird er also nur soviel Geld borgen, wie er braucht, um zu produzieren und seine Produkte auf dem freien Markt zu verkaufen.

Der Preis der Ware regelt sich nach wie vor durch Angebot und Nachfrage. Was aufhört ist die Verzerrung des Marktgeschehens durch die einseitige Akkumulation von Geld in den Händen von Wenigen. Keiner hat mehr die Möglichkeit, durch das Zurückhalten von Geld die Wirtschaft unter Druck zu setzen und Monopolzinsen zu erzwingen. Anders gesagt: Bisher war die Wirtschaft vom Geld abhängig (Schleyer hat einmal gesagt: Kapital muss bedient werden!) – jetzt muss sich das Geld dem Rhythmus der Wirtschaft anpassen. Es muss sich selbst anbieten, um einem Verlust zu entgehen (das heisst das Kapital dient uns).

Während der Zins ein privater Gewinn war, ist die Nutzungsgebühr eine öffentlich-rechtliche Angelegenheit. Das darüber eingenommene Geld muss wieder in den Umlauf zurückkehren, um die Beziehungsgrösse zwischen Geldvolumen und Marktvolumen zu erhalten. Die Gebühr wird zu einer Einnahmequelle des Staates und entlastet damit die Steuerlast jedes einzelnen. Praktisch gesehen verliert oder gewinnt niemand dabei – ausser den fünf Prozent der Bevölkerung, die bisher von dem heutigen Zinssystem profitierten.

Zahlt ein Volk im Schnitt fünf Prozent Zinsen, so bedeutet das zwar für etwa fünf Prozent der Bevölkerung, also diejenigen, welche heute ein freies Vermögen von mindestens einer halben Million DM haben, ein ausserordentlich gutes Geschäft, weil sich ihr Vermögen ca. alle 14 Jahre ohne nennenswerte Arbeit verdoppelt. Für die restlichen 95 Prozent aber bedeutet es die regelmässige Einbusse ihres halben Lohnes und die Unmöglichkeit, selber je ein Vermögen anzusparen zu können. Helmut Creutz zeigt anhand der Vermögensverteilung und der Zinsbelastungen in der BRD, wie dieses Geldsystem in sich eine Tendenz zur Konzentration hat, die mathematischen Gesetzen folgt. Die Reichen werden (wie im Monopoly-Spiel) tatsächlich immer reicher und die Armen immer ärmer. Obwohl der Zins der gleiche ist, werden die Gewinne des einen durch die Verluste des anderen bezahlt.

Beim Freigeldsystem entfallen diese Kapitalkosten. Man zahlt weiterhin die ein Prozent Bankgebühr und Risikoprämie und natürlich die Tilgung, das heisst die Rückzahlung in Raten je nach Vertrag wie heute auch. Wenn jemand für andere baut, muss er also zusehen, dass sein Geld über Mieteinnahmen abgedeckt ist. Niemand wird deshalb unendlich viele Häuser bauen können, wenn sie nicht gefragt sind. Das heisst, das Warenvolumen wird sich dem Bedarf anpassen. Wenn der Bedarf gedeckt ist, gibt es keinen Zwang mehr zu produzieren und abzusetzen, weil die durch den Zins erforderliche, hohe Kapital-Rendite ebenfalls entfällt. Theoretisch braucht jede(r) nur etwa halb soviel zu arbeiten wie bisher, um denselben Lebensstandard zu erreichen, denn die Hälfte aller Kosten in den heutigen Warenpreisen sind ja Zinsen beziehungsweise Kapitalkosten, die nun entfallen.

Praktisch gesehen wird diese Annahme jedoch eher unterschritten, weil die Vermutung naheliegt, dass mit der Einführung einer Gebühr oder «Ausgleichsabgabe auf Liquidität» wie Suhr diese Kosten nennt, die Qualität der Waren ansteigt und der heutige eingebaute Verschleiss und Wertschwund, der dafür sorgt, dass sich Investitionen rentieren und Kapitalüberschüsse produziert werden, entfällt.

Auch für den Umweltschutz würden vermutlich bessere Zeiten anbrechen, wenn sich nicht mehr jede Mark, die hier zur Erhaltung investiert wird, mit der «traumhaften, zinsschaffenden Kraft des Geldes» messen muss. Auch die Umwelt gewänne an Wertschätzung im Verhältnis zum Geld, denn sie ist, wie wir mit ihrer fortschreitenden Zerstörung immer deutlicher erfahren, mit das Schönste und Nützlichste, was wir besitzen. Zur technischen Durchführung der Geldreform sind verschiedene Modelle vorgeschlagen worden, zum Beispiel Geldscheine, die regelmässig mit einer Marke beklebt werden müssen oder bunte Seriennummern auf allen Geldscheinen, von denen jeweils eine Serie ein- oder zweimal im Jahr zurückgerufen und entwertet wird. Aber die allgemeine Einführung von Gi-

rokonten, von welchen automatisch Rückhaltegebühren abgebucht werden können, macht die ganze Angelegenheit heutzutage äusserst einfach.

In der österreichischen Kleinstadt Wörgl hat es bereits 1931 – etwa ein Jahr lang – einen Versuch mit Freigeldscheinen gegeben, der sehr erfolgreich verlief. Als sich aber ca. 300 Gemeinden für einen solchen Versuch interessierten, war das natürlich der österreichischen Notenbank nicht ganz geheuer, und sie liess den Versuch kurzerhand verbieten (883, No. 90, 1983, S.5)

Verschiedene Ansätze dieser Art in den USA und Südamerika scheiterten zum Teil an staatlichen Interessengegensätzen, aber auch an der Unwissenheit der Initiatoren, was die technische und organisatorische Durchführung betraf.

Die Lösung der Bodenrechtsfrage

Ähnlich wie die Fehler des Geldsystems ohne Revolution im herkömmlichen Sinne zu beheben sind, ist auch das Bodenrecht durch eine grundlegende Reform in jeder Demokratie durchführbar. Dazu müssen wir jedoch zuerst einmal erkennen, dass sowohl die Koppelung von Privatbesitz und privater Nutzung, wie sie im Kapitalismus existiert, ebenso wie auch die Koppelung von kommunalem Besitz und kommunaler Nutzung, wie sie im Kommunismus besteht, weder notwendig noch wünschenswert sind. Eine Kopplung von *kommunalem Besitz und privater Nutzung* hingegen würde alle Vorteile des einen und des anderen Systems bieten und deren Nachteile ausschalten. Kommunaler Besitz des Bodens würde die riesigen Spekulationsgewinne in den Händen von wenigen Begüterten auf Kosten der Allgemeinheit verhindern, die private Nutzung, die auch im Erbfall weiter bestehen kann, gleichzeitig aber den höchsten Ertrag aus dem Boden und eine grössere Chancengleichheit auf Dauer garantieren.

Für eine solche Lösung besteht in Ländern mit fortschrittlicher Verfassung juristisch gesehen kein Hindernis. So bezeichnet zum Beispiel das Grundgesetz der Bundesrepublik den Boden als «sozialpflichtiges Gut». Nach den katastrophalen Folgen, die die Enteignung in den Ländern mit kommunistischer Verfassung gehabt hat, kann wohl heute kein westlicher Staat an eine entschädigungslose Enteignung und Neuverteilung des Bodens denken. Das römische Recht, welches das Privateigentum an Grund und Boden einführte, ist zwar – wie Otani nachweist – auch den westlichen Völkern von ihren Eroberern oder Fürsten meistens gewaltsam aufgezwungen worden. Aber die Schuldigen und ersten Nutzniesser gehören der Geschichte an, und die heutigen Eigentümer haben den Bo-

den rechtmässig gekauft oder geerbt. Eine entschädigungslose Enteignung kommt also nicht in Frage.

Der Kauf des Bodens zu heutigen Marktpreisen zum Beispiel durch die Gemeinde und aus Steuergeldern ist jedoch ebenfalls nicht möglich beziehungsweise ungerecht, weil damit der ohnehin geschöpften Mehrheit der Bevölkerung auch diese Belastung noch aufgebürdet würde. Was bleibt, ist «die Sozialpflichtigkeit des Bodens», wie sie im Grundgesetz verankert ist, durch eine Wertausgleichsabgabe an die Allgemeinheit (für den Vorteil der Grundrente, die der Bodeneigentümer dem Nichteigentümer gegenüber genießt) zu realisieren.

Diese Abgabe muss nicht sehr hoch sein. Ca. 3–5 Prozent pro Jahr vom festgestellten Verkehrswert des Grundstücks würden genügen, um es der Gemeinde zu ermöglichen (rein rechnerisch und natürlich ohne Zinsen), in ca. 20–30 Jahren den gesamten Grund und Boden zu erwerben. Auch wenn die Grundeigentümer versuchen werden, diese Ausgleichsabgabe zunächst an Mieter und Käufer versuchen weiterzugeben, wird doch sehr bald ein grosser Druck auf die Grundbesitzer ausgeübt durch die vergleichsweise billige Pacht von ebenfalls nur 3–5 Prozent, die von den Mietern und Pächtern auf dem von der Kommune gepachteten Land zu zahlen sind. Je mehr Land die Kommune besitzt (nach 10 Jahren ca. 30–50 Prozent), um so billiger wird das Land aus Privatbesitz werden müssen, um noch konkurrieren zu können. Das heisst Spekulationsgewinne sind bald nicht mehr zu erzielen, und der Eigentümer eines Grundstücks, der es unbenutzt liegen lässt, verliert sein Interesse an dem Besitz, der ihn alljährlich 3–5 Prozent des Verkehrswertes kostet. Er wird das Grundstück bald verkaufen wollen. Dadurch entsteht ein grösseres Angebot an Grundstücken auf dem Markt, und die Preise fallen weiter. Bald kann jeder, der eine gute Nutzung für Grund und Boden hat, ein ausreichendes Grundstück erwerben.

Die Pächter öffentlichen oder kommunalen Landes aber haben alle Vorteile, die zum Beispiel heute das Erbpachtrecht regelt. Sie können das Grundstück im Rahmen bestehender Planungsbindungen nutzen, sie können darauf bauen, bestehende Häuser verkaufen, vererben, vermieten usw., ohne dass ihnen der Eigentümer (in diesem Fall die Gemeinde) irgendwelche Vorschriften machen kann.

Der Grundstücks- beziehungsweise Pachtwert wird durch öffentliche Versteigerungen ermittelt und nicht von der Gemeinde bestimmt. Jeder kann sich daran beteiligen. Dadurch kann der freie Markt Auf- oder Abwertungen eines Grundstücks beeinflussen, und die bekannte Ineffizienz aller Planwirtschaftssysteme wird vermieden.

Ich halte diese Lösung für einfacher und mit unserem Wirtschafts- und Rechtssystem verträglicher als die von Otani vorgeschlagene

«Eigentumsablösung auf Zeit», die ab einem bestimmten Zeitpunkt *alle* Grundstücke über einen gewissen Zeitraum hin automatisch «zwangsenteignet», obwohl auch hier alle Nutzungsrechte der Eigentümer bestehen bleiben und letztendlich eine ganz ähnliche Lösung (wie oben geschildert) angestrebt wird. Wichtig ist jedoch seine Aussage, dass in jedem Fall mit einer solchen Umwandlung von Privateigentum in kommunales Eigentum eine Riesenlast von den Schultern der arbeitenden Menschen genommen wird, die ja letzten endes jeden unverdienten Gewinn der Bodeninhaber bezahlen müssen; Otani sagt auch, dass die Bodenreform keinen grossen Erfolg haben kann,

. . . wenn das Geldsystem, das gerade das heutige Bodenproblem verursacht hat, nicht gleichzeitig dementsprechend neu geordnet wird. Der Boden war bisher nichts anderes als ein Spekulationsgegenstand des Geldes, d.h. es ging nicht um den Boden, sondern um das Geld.

Aber die Geldspekulation als solche hört nie auf, wenn das Geld selbst, wie bis heute, auch ein Gegenstand der Spekulation bleibt. Daher kann eine wirkliche Lösung der heutigen, sozialen Problematik nur erreicht werden, wenn auch das bisherige Geldsystem als der primäre Verursacher des Bodenmonopols und der sozialen Ungleichheit überhaupt eine rechtliche Neuordnung erfährt (Otani, Band 3, S. 36–40)

Diese Reform löst den Widerspruch zwischen dem Anspruch, dass der Boden und seine Schätze für alle da sein müssen, aber gleichzeitig nur eine private Nutzung den höchsten Wert daraus garantiert, dadurch, dass:

- a) die Gemeinschaft den Boden verwaltet, die Nutzungsgebühr oder Pacht aber wiederum allen zugute kommt,
- b) das, was auf dem Boden passiert, die private Angelegenheit des Pächters ist,
- c) die verschiedenen Bodenpreise und Wertsteigerungen oder -minderungen (zum Beispiel durch öffentliche Infrastrukturmassnahmen) durch eine öffentliche Versteigerung, an der sich jeder beteiligen kann, ermittelt werden,
- d) im Erbfall der Pachtvertrag übertragbar ist (nur wenn ein wichtiges öffentliches Interesse vorliegt, kann der Pachtvertrag von Seiten der Gemeinde gekündigt werden).

Bei dieser Regelung handelt es sich also nicht um eine Strafe gegenüber dem, der unter dem heutigen System grosse Vorteile genießt, sondern um eine Abschaffung der Voraussetzungen, die solche Fehler verursacht haben.

Bezug zur politischen und wirtschaftlichen Situation von Frauen

Seit dem Anfang der freiwirtschaftlichen Bewegung, die Silvio Gesell durch seine Aufsätze und insbesondere sein Buch «Die natürliche Wirtschaftsordnung» begründete, ist eine Idee lebendig, die ebenso schnell einleuchtet wie die Anpassung des Geldes an die natürlichen Wachstumskurven, und die Tatsache, dass der Boden genauso wie Luft und Wasser allen Menschen gehören. Oft wird sie jedoch schamhaft verschwiegen oder als zu weitgehend abgetan. Es ist die Idee, dass der Mehrwert aus dem Boden den Frauen und Kindern gehört, die dafür sorgen, dass er weiter existiert.

Bei einer freien Verpachtung des gesamten Bodens der Bundesrepublik zu einem Pachtzins von 5 Prozent des Verkehrswertes würde nach einer Schätzung im Jahr 1980 jedes Kind ca. 530,-DM/Monat erhalten (Paul Fischer, zitiert in 883, S. 20). Dieses Geld fließt heute jenem Fünftel der Bevölkerung zu, das alles Land besitzt.

Durch einen «Lastenausgleich» nicht aus Steuermitteln, sondern sozusagen als Vorgriff auf das, was sie mit ihrer Arbeit der Kindererziehung leisten (die Generation = Schaffung von Menschen, die den Mehrwert des Bodens erarbeiten), wird die wirtschaftliche Grundlage für die Emanzipation von Frauen und Kindern geschaffen (dass auch Männer dort, wo sie die Kinder erziehen, in den Genuss dieses Lastenausgleichs kommen, ist selbstverständlich). Ohne wirtschaftliche Grundlage gibt es keine Freiheit. Und doch – wie weit sind wir bisher mit dem Versuch, auch Hausarbeit und Kindererziehung zur bezahlten Arbeit zu machen, gekommen? Kaum über die Einschätzung der Frau als Wirtschaftlerin hinaus – aber nur im Falle, dass sie an den Folgen eines Unfalls stirbt – und eine Versicherung dem Mann Schadenersatz leisten muss.

Gesell dagegen verlangt nicht nur ein ausreichendes, durch keine Regierung und kein Parlament antastbares Kindergeld. Er schlägt auch vor – wohl um diese Regelung vor dem Auf und Ab politischer Strömungen zu schützen – dass die Mütter oder Frauen der Gemeinde selbst den Boden nach sozialen, städtebaulichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten verwalten.

Gleichzeitig mit dem Lohn für ihre gesellschaftliche Leistung der Kindererziehung wird den Frauen durch ihre materielle Unabhängigkeit von den leiblichen Vätern ihrer Kinder aber auch eine bestimmte Rolle in Bezug auf die Arterhaltung und genetische Höherentwicklung der menschlichen Gattung von Gesell zugeordnet. Die Frauen würden sich dann, so meinte Gesell, (anders als zu seinen Zeiten – er starb 1930) die Väter ihrer Kinder nicht mehr nach ökonomischen Gesichtspunkten aussuchen, sondern danach, ob sie intelligent, sympathisch, schön, liebesfähig und solidarisch

sind, gleichgültig, ob sie Geld und eine sichere Stellung haben oder nicht. Nach den Erfahrungen mit solchen Überlegungen im Dritten Reich wird man heute sicherlich der «biohygienischen Selektionsfunktion» mehr als misstrauisch gegenüberstehen. Dass Liebesfähigkeit, Solidarität und Intelligenz sich jedoch besser entwickeln und entfalten können, wo menschliche statt ökonomische Gesichtspunkte den Ausschlag geben, dürfte auch heute wenig umstritten sein. Zu einer Zeit, wo weit mehr als die Hälfte aller Ehen geschieden wird, könnte aber eine solche Regelung sowohl der Emanzipation der Frauen wie auch der Männer und Kinder dienen, wenn die «Mutterrente» auch den Vätern zufließt, die die Mutterrolle übernehmen, oder das Kindergeld es den Kindern ab einem bestimmten Alter ermöglicht, aus dem Elternhaus auszuziehen und mit anderen Erwachsenen ihrer Wahl oder gleichaltrigen Kindern und Jugendlichen zusammenzuleben.

In seiner Utopie von einer staatslosen, neuen Gesellschaft, die er «Akratie» nennt, schildert Gesell, wie Frauen ohne Männer in Wohngemeinschaften zusammenleben und arbeiten. Manche haben Kinder, zum Teil von verschiedenen Männern, andere gehen einem Beruf nach. Obwohl Gesell einiges von dem, was er um 1900 beschrieben hat, heute finden könnte, ist die wirtschaftliche und soziale Benachteiligung von Frauen noch lange nicht beseitigt. Noch immer sind Frauen ökonomisch gesehen 50 Prozent weniger wert, erhalten sie im Durchschnitt einen weitaus geringeren Lohn, sind ihre Aufstiegschancen im Beruf wesentlich ungünstiger als die der Männer; «dafür» aber ihre Ausstiegsschancen – nämlich arbeitslos zu werden – um so besser.

Frauen tragen an dem wirtschaftlichen Chaos und dem sozialen Elend, welches durch unser heutiges Geldsystem und Bodenrecht verursacht wird, überall in der Welt die grösste Last. Es ist an der Zeit, dass sie sich den Ursachen dieser Entwicklung zuwenden und ihre Forderungen klar und deutlich formulieren.

Die hier skizzierte «sanfte Revolution» braucht keine Waffen, sondern – in unserem heutigen Wahlsystem – «nur» Wählerstimmen für die Partei, Gruppen oder Einzelpersonen, die solchen Veränderungen die notwendige Durchsetzungskraft verleihen. Dazu müssen viele verstehen, worum es geht. Vielleicht ist eine Notzeit wie die unsere, in der viele nicht an ein natürliches Ende ihres Lebens glauben und der Zusammenbruch des Weltwirtschaftssystems, des ökologischen Gleichgewichts oder der friedlichen Koexistenz nur noch eine Frage der Zeit und der Reihenfolge zu sein scheint, die richtige Zeit, um eine solche Wende herbeizuführen.

Vorwort

Ich schaue hoch zu der 30m hohen Tanne, die vor «unserem» Haus steht. Demnächst müssen wir dieses Haus, in dem wir zur Miete wohnten, verlassen. Als wir die Nachricht erhielten, überlegten wir uns ernsthaft, ob wir auswandern sollten. Schweizer Wirtschaftsflüchtlinge. Denn wo sollten wir in der heutigen Wohnsituation mit unserer 8-köpfigen Familie hin? Wir haben ein altes Haus gefunden. Kauf und Umbau den Auflagen entsprechend ergeben eine horrende Summe. Wir versuchen es noch einmal, als Zinssklaven für die nächsten 30 Jahre.

Das ist unsere Situation – und Ihre?

An der Herbsttagung 1988 der Liberalsozialistischen Partei der Schweiz in Aarau lernte ich Frau Vogel kennen. Sie hielt dort untenstehenden Vortrag. Ich gelangte bald zur Überzeugung, dass diese Frau, die durch Mutterschaft während und nach dem Krieg die ganze Härte menschlichen Daseins an der Basis miterlebt hat, ihr Leben in den Dienst für eine menschenwürdige Zukunft gestellt hat. Auf diesem Weg scheut sie weder Arbeit und Aufwand noch Angriffe von aussen, die unweigerlich kommen, sobald man unbequeme Thesen vertritt.

Gesima Vogel, geboren 1923, wurde schon in der Kindheit durch ihren Vater mit sozialen Fragen konfrontiert. Aus der Beschäftigung mit den grundlegenden Bedingungen für gesellschaftliches Leben erwuchs die Erkenntnis, dass die heutigen Geld- und Bodenstrukturen Ursache aller modernen Übel sind. Diese bedeuten unseren Untergang, wenn wir nicht in der Lage sind, neue Gesetze und Praktiken für Geld und Boden zu schaffen – theoretische Voraussetzungen dafür bestehen schon lange.

Frau Vogel hat die heutige Situation, deren Leidtragende wir alle – mehr oder weniger fühlbar – sind, klar erkannt. Sie lässt sich jedoch nicht bange machen oder zu Hektik verleiten. «Langsam und solide» möchte sie vor allem in ihrer 1987 gegründeten «Hamburger Geld- und Bodenrechtsschule» Aufklärungsarbeit leisten. Der «innere Fortschritt», der den Menschen zur verantwortungsbewussten und selbständig handelnden Persönlichkeit macht, braucht Zeit.

Diesem Prozess dient auch die 1983 gegründete Zeitschrift «neues modell» und der 1977 gegründete «Arrow-Verlag», in dem die Bücher Yoshito Otani's erschienen. Auf ihn verweist sie, will man sich als Neuling in der Flut von Informationen orientieren.

Neben der Lehrtätigkeit in der Schule arbeitet Frau Vogel gemeinsam mit Schülern an einer Art Lehrbuch, eine Einführung in die Geld- und Boden-

Gesima Vogel – Die Bodenfrage – ein Weltproblem

hamburger geld- und bodenrechtsschule e.v.
Mathildenstrasse 7
D-2000 Hamburg 36

Vortrag von Frau Gesima Vogel während der Tagung der LSP in Aarau am
12. November 1988

Wir sind als Menschen, soweit wir in der Natur früher einmal stärker gelebt haben, wahrscheinlich ähnlich auf unsere Instinkte angewiesen gewesen, wie es heute noch die Tiere sind. Wenn man einmal betrachtet, was eigentlich der Instinkt für die Tiere leistet, dann kann man feststellen, dass er ihnen anzeigt, wo ihre Vorteile und wo ihre Nachteile sind, und sie haben es nicht nötig, darüber nachzudenken. Aber es kann auch im Tierreich durchaus eine Panne passieren, wenn ein Tier mit diesem Instinkt, der ja auf Nachdenken nicht programmiert ist, auf eine ungewöhnliche Situation trifft.

Ich möchte da ein Beispiel erwähnen. Es gibt in Afrika Gegenden, wo Maisanbau betrieben wird und wo es gleichzeitig Bäume und Affen gibt. Da hat sich immer wieder einmal folgendes abgespielt: Ein Affe kommt an eine Reihe von Mais, die sich lang hinzieht, und die Kolben sind gerade schön saftig. Er pflückt einen Kolben und steckt ihn unter den Arm. Danach sieht er wieder einen Kolben vor sich. Er pflückt den Kolben und steckt ihn wieder unter den Arm. Natürlich fällt der erste herunter, und so pirscht sich der Affe vom ersten Maiskolben bis zum allerletzten durch, weil ihm sein Instinkt sagt: «Wenn ich diesen Kolben sehe, pflücke ich ihn und stecke ihn unter den Arm». Er kann nicht realisieren, dass er bereits zehn oder zwanzig Maiskolben abgebrochen hat. Mit dem letzten Maiskolben, den er in der Reihe erwischt, klettert er auf einen Baum und verzehrt ihn dann dort.

Die dort ansässigen Menschen hassen natürlich dieses Tier und fragen sich: «Warum nimmt es nicht nur einen Maiskolben, sondern zerstört das ganze Feld?» Wenn vier oder fünf Affen so handeln, kommt es zu einer Katastrophe für den Maisanbauer. Man kann diesem Tier aber keinen Vorwurf machen, weil es das in seinem Instinkt verankerte Programm ist, nach dem es handelt. Die dort ansässigen Menschen haben etwas aufgebaut, was es sonst in der Natur überhaupt nicht gibt.

Solch eine lange Reihe findet der Affe sonst nicht in der Natur, und er ist auf sie nicht programmiert. Wahrscheinlich ist er sehr erschöpft, wenn er mit dem letzten Maiskolben auf seinem Baum angekommen ist. Er wäre wahrscheinlich vom Gefühl her viel lieber mit dem ersten gleich auf seinen Baum geklettert.

Was für die Tiere die instinktgetragene Steuerung ist, ersetzen wir Menschen durch unsere Rechtsverabredungen. Das Recht zeigt uns, wie wir uns unter anderen Menschen benehmen müssen, wo unsere Grenzen und Vorteile liegen. Danach richten wir uns. In unserem persönlichen Bereich brauchen wir kein Recht, weil es hier eine reine Privatangelegenheit ist, z.B. die Art wie wir essen und trinken oder unsere künstlerischen oder wissenschaftlichen Fähigkeiten einsetzen wollen. Aber wenn wir mit anderen Menschen in Kontakt kommen, brauchen wir bestimmte Regelungen. Ein schlichtes Beispiel ist der Verkehr. Jeder richtet sich, nicht aus freundschaftlichen Empfindungen, sondern des eigenen Vorteils willen nach der roten und grünen Ampel. Sie wurde eingeführt, weil es ohne dieses Mittel in unserem Verkehr nicht mehr ginge. Selbst der Eilige hält lieber an der Ampel bei rot, als dass er riskiert, entweder Strafe zu zahlen oder jemand anderen zu schädigen.

Soweit diese Gesetze unserer Sicherheit und unserem leichten Zusammenleben dienen, ist das gut. Die Frage ist nur, was passiert, wenn die Gesetze selber Fehler haben, wenn im Gesetzesleben etwas festgelegt ist, was diese Gegenseitigkeit nicht mehr garantiert. Dann kann es für uns sehr kritisch werden.

Wenn wir nun auf das Bodenrecht kommen, möchte ich kurz erwähnen, wann ein solch eklatanter Einschnitt in unsere Rechtskonstruktion erfolgt ist. Am 4. Mai im Jahre 1493 hat Papst Alexander Borgia IV., als gerade Amerika entdeckt war, dieses Amerika verteilt. Er sass in Rom und war natürlich noch nie in Südamerika gewesen. Aber er hatte eine Landkarte und unterteilte sie mit einem Strich. Den einen Teil stellte er den Portugiesen zur Verfügung, den anderen Teil den Spaniern. Er als Römer in der römischen Kirche hat sich von Anfang an an das römische Recht gehalten. Das römische Recht war gegenüber dem Grossteil der übrigen Welt insofern ein Ausnahmerecht, als es den Privatbesitz an Boden kannte.

1495 hat Kaiser Maximilian auf dem Reichstag zu Worms dieses römische Recht als verbindlich für uns erklärt, den Corpus juris civilis des Kaisers Justinian, der aus dem 6. nachchristlichen Jahrhundert stammt und alles zusammenfasst, was an römischen Rechtsgepflogenheiten aus der übrigen Cäsarenzeit überliefert war. Dieses Recht wurde nun bei uns Gesetz. Es ist ein grosser Unterschied, ob ein solches Recht nur hier oder da, z.B. bei ein paar Klöstern, gehandhabt wird oder ob es als allgemeines Gesetz geschrieben steht. Das allgemeine Gesetz hat eine sehr starke bindende

Gewalt. Meistens ist das zu unserem Nutzen, aber es kann uns auch ausserordentlich in Schwierigkeiten bringen, wenn es z.B. wie dieses Römische Recht aus einer zentralistischen und imperialistischen Zeit übernommen wurde. In diesem Recht ist nicht der gegenseitige Nutzen vorprogrammiert, sondern der Vorteil für Wenige auf Kosten der Mehrheit. Was sind die einschneidendsten Punkte dieses Rechtes? Im Gegensatz zu den feudalistischen germanischen Volksrechten ist das römische Recht, wie schon angeführt, ein Kaiser- und Herrschaftsrecht. Es ist zentralistisch aufgebaut (wie ja auch jede Religion, die monotheistisch aufgebaut ist, ein zentralistisches Prinzip in sich trägt). Der Papst hat die Welt verteilt, weil schon nach Thomas von Aquin der Papst Stellvertreter Gottes ist, und da Gott die Welt gehört, gehört sie auch dem Papst. So schlicht und einfach ist die Sache. Dann verteilt er eine Welt, die er in seinem Leben nie gesehen hat und auch nie sehen wird. In den germanischen Ländern war dieses Recht nicht bekannt. Der überwiegende Teil der Germanen kannte nur Nutzungsrechte.

Dieses Privatbesitzrecht ist nicht nur deshalb gefährlich, weil es sagt: «Was Dir gehört, gehört Dir, und Du hast den vollen Nutzen», ohne Frage, wie dieser Nutzen zustandekommt, – ob man ihn nun allein geschaffen hat, oder ob er auf anderen Dingen beruht, zum Beispiel auf einer Vorstellung. Die zweite Seite erleben wir bis heute. Diese These beinhaltet andererseits: «Wo kein Privatbesitzrecht besteht, gehört der Boden niemandem. Wenn man davon ausgeht, dass nur der Boden, der in Privatbesitz ist, jemandem gehört und alles andere Niemandsland ist, dann hat man natürlich mit diesem Privatbesitzrecht Tür und Tor für jegliche Bodenräuberei geöffnet.

Das ist dann auch tatsächlich geschehen: Zuerst haben die Fürsten in Europa angefangen, den Bauern die Allmenden, den Wald, das Fischrecht und das Jagdrecht wegzunehmen. Sie gaben es als ihr Eigentum bzw. ihre Rechte aus. Auf dieser Rechtsumstellung basiert zum Teil die Reaktion der Bauern, die in Bauernkriege ausartete. Die Fürsten eigneten sich sehr viel an, was früher nur unter ihrer Rechtshoheit stand. Der Fürst oder Graf hatte zwar vorher schon die Pflicht, ein bestimmtes Gebiet zu schützen und hatte dafür ein Recht, von den Leuten, die er militärisch schützte, Abgaben zu verlangen. Aber es ist ein Unterschied, ob Bauern zu Abgaben verpflichtet sind, oder ob man ihr Land enteignet. Zum Beispiel stand der Bauer dann wehrlos da, wenn der Hirsch aus dem Wald ihm die Ernte zertrampelte oder die Wildsau aus dem Wald kam und er durfte sie nicht schießen. Er konnte sich nicht mehr dagegen wehren, der Fürst hatte es ihm verboten.

Neben dem Bodenrecht hat sich mit der Einführung des Römischen Rechts auch unser Geldrecht verändert. Im frühen Mittelalter konnten die Fürsten Geld umprägen und bei dieser Gelegenheit Steuern erheben. Sie

hatten noch keine andere als die Prägesteuer bei der Umprägung. Durch Zufall ist durch diese Art der Besteuerung die von ca. 1150 bis kurz vor Maximilians Zeit gedauert hat, eine Art Umlaufsicherung entstanden, welche ganz erhebliche, grosse kulturelle Fortschritte im Gefolge hatte. Dieses damalige sogenannte Brakteatengeld konnte ja nicht zurückgehalten werden, weil man bei der Umprägung Verluste gehabt hätte. Also blieb es im Umlauf.

Das hörte auf, und anstelle dieser sozusagen zufälligen Umlaufsicherung fällt das Geldwesen wieder in den starren Zustand zurück: der Dinarius Perpetuus, das römische Dauergeld, beherrscht wieder Handel und Wirtschaft. Die Fürsten standen dieser neuen Situation hilflos gegenüber, da sie vom Geldwesen nichts verstanden. Schon Kaiser Maximilian selber hat den Fuggern seine Silberbergwerke verpachtet, um von ihnen Darlehen zu bekommen. Für diese Darlehen hat er 30% Zinsen gezahlt. Er kam nicht auf die Idee, aus diesen Bergwerken sein eigenes Geld zu machen und es dann unter dem Volk auszugeben. Das wäre immer noch erheblich besser gewesen, selbst wenn er damit Luxus oder Kriege finanziert hätte. Die Herrscher verstanden also sehr wenig vom Geldwesen. Wir brauchen nicht weit zu gehen, denn unsere heutigen Regierungen, ob demokratisch oder nicht, verstehen auch nichts davon. Wir haben genau dasselbe Bild, sie sind alle bis aufs Äusserste verschuldet. Die Stadt Hamburg z.B. zahlt täglich für ihre Verschuldung 4 Millionen DM an Zinsen. Sie ist gerade im Begriff, ihre letzten Grundstücke zu verschleudern, um ein paar Löcher zu stopfen, die durch diese wahnwitzigen Zinszahlungen entstehen.

Dadurch, dass die Fürsten sich einerseits grosse Ländereien aneigneten, andererseits aber in Geldnot kamen, entstand ein sehr gefährlicher Druck auf diese herrschende Schicht. So haben sich Kaiser und Könige samt dem übrigen Adel in anderen Ländern umgeschaut, und damit ist explosionsartig die ganze Kolonisationsbewegung in Gang gesetzt worden. Man hatte nicht mehr genug Geld, gleichzeitig hielt man an dem Wahn fest, dass Geld gleich Gold und Silber ist. So waren sie alle auf einer fieberhaften Suche nach Edelmetallen. Dafür wurden Columbus und andere Leute auf den Weg geschickt: um Land und Geld zu rauben und dazu noch, um die Verbreitung der christlichen Religion zu betreiben.

Die Mission war bei den Portugiesen und Spaniern ein Mittel zum Zweck: Es liegt in der menschlichen Natur, Unrecht auf gewisse Art und Weise zu bemänteln. Es ist eine willkommene Ausrede, den Einwohnern in Amerika die neue, alleinseligmachende Religion zu bringen. Entweder sie nehmen diese herrliche Religion an oder sie werden beseitigt, um nicht den heiligen Leib der Christenheit zu verpesten. Auf diese Weise sind in Mittelamerika nach und nach 30 Millionen Menschen umgebracht worden.

Wenn ein solches Recht derartig verheerend aus dem Gleichgewicht gerät, dann wird die Welt eng und arm. Die Welt ist nicht eng und arm, weil

nicht genug Land da wäre und man nicht genug Nahrung erzeugen könnte. Auch heute ist die Welt eng und arm unter diesen Rechten, die wir haben.

Wenn solche Eroberungszüge gemacht werden, siegt der, der die besseren Waffen hat. Die Völker, die damals heimgesucht wurden von den beutesuchenden Nationen, waren natürlich ausgeliefert, weil diese Nationen Gewehre und Schiesspulver hatten. Die Chinesen hatten das Pulver bereits 1000–2000 Jahre vorher gehabt, aber damit haben sie Feuerwerk gemacht oder allenfalls Brandsätze an der Spitze von Geschossen. Dass man Geschosse mit Schiesspulver befördert, ist im 14.–15. Jahrhundert aufgekommen. Gesegnet von ihrem Papst, gingen diese Nationen gut bewaffnet auf die Urbevölkerung Mittel- und Südamerikas los.

Die Portugiesen und Spanier führten das Privatbesitzrecht an Boden in Mittel- und Südamerika ein. Die Holländer und auch wieder zum Teil die Portugiesen brachten es nach Asien, z.B. an die Randzonen von Indien. Im Landesinneren von Indien hat der englische Generalgouverneur um 1780, also erst vor 200 Jahren, die indischen Steuereintreiber zu Privatbesitzern gemacht. Damit hatte er diese Leute plötzlich auf seiner Seite. Sie trieben die Steuern für die englische Krone ein und waren plötzlich Privatbesitzer in ihrem Land. Damit begann das Elend der indischen Bauern, die ja vorher auch ihre Nutzungsrechte hatten. Die indischen Dörfer waren sehr harmonische in sich geschlossene Sozialsysteme, die sich während Jahrtausenden als Dörfer in ihrer Versorgung autark erhalten hatten. Das wird nun alles zerstört durch die Umstellung die der englische Gouverneur einführte.

Die Engländer, Holländer und Franzosen gemeinsam brachten dieses Privatbesitzrecht dann auch nach Nordamerika. Der Indianer kannte so etwas nicht. Es kam ein Weisser zu einem Häuptling und sagte: «Ich will Dir Land abkaufen» und legte ihm eine Reihe von Geldscheinen zu Füssen, auf denen Washington abgebildet war. Er sagte: «Das ist unser grosser weisser Landesvater und das gebe ich Dir zwanzigmal, wenn Du mir jetzt dieses Land gibst.» Daraufhin sah der Indianer den Weissen an, drehte eine Kugel aus Lehm, legte sie ins Feuer und sagte: «Das ist ein Stück von meinem Land. Ich lege es ins Feuer. Lege Du Deine Geldscheine hinein und dann wollen wir sehen, was mehr Wert hat». Der Indianer war natürlich nicht so dumm, als dass er nicht gewusst hätte, wie die Sache ausgehen würde. Er sagte zu dem Weissen: «Die Erde gehört uns nicht und sie hat uns nie gehört. Es ist unsere Mutter, die uns trägt und ernährt, und wer wird denn schon seine Mutter verkaufen». Leider wurde natürlich in den meisten Fällen nicht mit den Indianern verhandelt. Dann war es um sie geschehen.

Die Hinterindischen Inseln, Australien und die Inseln im Stillen Ozean sind erst recht spät von den Europäern mit diesen Rechtsformen verseucht

worden. Es handelt sich wirklich um eine Krankheit, die da ausgebrochen ist. Erst relativ spät, vor 100–150 Jahren, ist auch Afrika in dieses System hineingezogen worden. Grosse Teile Afrikas «gehörten» ja auch niemandem, und so konnte man sich auch dort ungehindert austoben. Nur an der nordafrikanischen Küste existierten bereits althergebrachte Besitzrechte. Die grosse Fläche des Kontinents betrachtete man als willkommenen Gegenstand der Freibeuterei.

Die Engländer leisteten sich z.B. ihre lustigen Löwenjagden. So wurden von ihnen als reines Hobby oft auf einmal 10–15 Löwen abgeschossen. Dann schnitten sie ihnen die Schwänze ab als Prestigeobjekt. Der Rest konnte im Urwald verrotten. Derjenige, der zuhause seine vielen Arbeiter im Rücken hat, die für ihn Geld verdienen, kann sich diesen Luxus leisten. Es wird nicht die Frage gestellt, ob der Mensch, der viele Mittel in der Hand hält, auch ein sehr kluger Mensch ist. Leute mit einer solchen Handlungsweise sind keine besonders klugen Leute, aber sie tun, was sie können und was erlaubt ist. Und genau da liegt diese schon erwähnte Gefahr der Rechte und Gesetze.

Nachdem auf diese Art aus dem Bodenrecht ein Weltproblem geworden ist, dadurch dass die Europäer es überall hinverschleppt haben, kommt nun ein nächster Schritt. Der ist sehr einschneidend, obwohl er sehr viel stiller verlaufen ist: Der rechtlichen Grundlage für dieses Benehmen ist eine wissenschaftliche auf den Fuss gefolgt.

Einer der englischen Könige schickte den Gelehrten Adam Smith um 1750 auf Reisen, mit dem Auftrag, die Wirtschaftsmechanismen zu untersuchen, um ein Konzept für den englischen Wirtschaftsaufbau zu bekommen. Das Konzept, das dann entwickelt wurde, hiess in England und auch in anderen Ländern: «Diejenige Nation ist am reichsten, die am meisten Edelmetall hat». Es sollten möglichst viele Waren exportiert und möglichst wenige importiert werden. Unter den Importwaren sollten möglichst viele Edelmetalle sein. Das ganze nannte man «Merkantilismus» oder «Freihandel». Und so haben sich die Engländer massenhaft Gold, Silber und Edelsteine aus Indien geholt. Um dort Waren absetzen zu können, mussten sie erst eine jahrtausendealte Handwerkskunst zerstören. Die Hindus durften entweder bei Todesstrafe nicht mehr weben, oder man hackte ihnen im Falle des Ergriffenwerdens beim Weben beide Daumen ab, und so konnten sie auch nicht mehr weben. Millionen Hindus sind deswegen verhungert. Es war also eine sehr rigorose Art und Weise, wie man dieser Lehre gefrönt hat: «Edelmetalle sind Reichtum für die Nation». Unter der Nation verstand man natürlich nicht das englische Volk, sondern die «*crème de la crème*», Könige, Lords und Kaufleute.

Die Engländer hatten es schon vor dieser Zeit im eigenen Land mit dem Bodenraub am tollsten getrieben. Sie hatten ganze Dörfer zum Einrichten von Schafweiden entvölkert. Die Schafe sollten zum Verkauf von Wolle

dienen, und Schafwolle wurde teuer bezahlt. Mit der Einführung des Dinarus Perpetuus hatte das Geld ein grosses Übergewicht bekommen. McCauley, ein berühmter englischer Historiker, schildert, dass England um 1690 von ca. 5 Millionen Menschen bevölkert war. Von diesen waren eine Million Bettler. Diese waren alle auf die Strasse gejagt worden, und allein zur Regierungszeit von Elisabeth I. wurden 70 000 aufgehängt, weil sie als Landstreicher aufgegriffen wurden, was gleichzeitig unter Strafe stand: Man jagte sie nicht nur weg, sondern man verbot ihnen auch, ausserhalb ihrer Dörfer zu sein.

In dieser Situation fängt Adam Smith an, sein volkswirtschaftliches Buch zu schreiben. Er hatte von seinem König ein Legat bekommen, sodass er dann zehn Jahre Zeit hatte, um alles in Ruhe zu überdenken und niederzuschreiben. Herausgekommen ist sein Buch 1775. Dort schreibt er: «Das Produkt der Arbeit bildet die natürliche Vergütung derselben oder den Arbeitslohn . .

In jenem ursprünglichen Zustande, welche der Bodenaneignung und der Kapitalansammlung vorhergeht, gehört das ganze Arbeitserzeugnis dem Arbeiter. Er hat weder mit einem Grundbesitzer noch mit einem Meister zu teilen» (weil er nämlich Geld und Boden noch selber in der Hand hält). «Sobald sich in den Händen einiger Personen Kapital gesammelt hat, wird der eine oder andere sein Kapital dazu verwenden, fleissigen Leuten Arbeit zu geben und sie mit Material und Lebensmitteln zu versorgen, um aus dem Verkauf ihres Arbeitserzeugnisses oder aus dem, was das Material durch ihre Arbeit an Wert gewinnt, Vorteil zu ziehen. Er könnte kein Interesse haben, die Arbeiter zu beschäftigen, wenn er nicht aus dem Verkauf ihrer Arbeit mehr zu ziehen hoffte, als zur Wiedererstattung seines Kapitals erforderlich ist. Ferner könnte er kein Interesse haben, lieber ein grosses als ein kleines Kapital ins Geschäft zu stecken, wenn sein Gewinn sich nicht nach der Grösse des Kapitals richtete.» Auf den Kapitalertrag gesehen hat man natürlich wesentlich mehr davon, wenn man 5 Millionen mit 10% Gewinn in einem Geschäft stecken hat.

Die Prozentzahlen sind gleich. Aber was unter dem Strich herauskommt, ist bei einem grossen Kapital erheblich mehr. Smith fährt fort: «Unter diesen Umständen gehört nicht immer das Produkt der Arbeit dem Arbeiter allein. Er muss es in den meisten Fällen mit dem Kapitalisten teilen, der ihn beschäftigt.» Dann geht er auf die Grundbesitzer ein: «Sobald aller Grund und Boden eines Landes privates Eigentum geworden ist, begehren die Grundbesitzer zu ernten, wo sie nicht gesät haben, und verlangen sogar für ihre natürlichen Produkte eine Rente. Das Holz des Waldes, das Gras des Feldes und alle freiwilligen Früchte dieser Erde, die, solange der Boden allen gehörte, den Arbeitern nur die Mühe des Sammelns kostete, bekommen jetzt auch für ihn einen auf sie gesetzten Preis. Es gibt kein Land, in welchem das ganze Jahresprodukt zum Unterhalt der Gewerbe-

tätigen verwendet wird. Überall verzehren die Müssiggänger einen grossen Teil desselben. . .

Hätte dieser Zustand («nämlich, dass die Arbeiter Geld und Boden in der Hand hätten»), fortgedauert, so würde der Lohn der Arbeit mit jeder Zunahme der produktiven Kräfte, welche durch die Arbeitsteilung herbeigeführt wird, zugleich gewachsen sein. Alle Dinge würden nach und nach wohlfeiler geworden sein. Sie wären durch eine kleinere Quantität Arbeit hervorgebracht worden und könnten, da die durch gleiche Quantität Arbeit hervorgebrachten Waren bei diesem Zustand natürlich gegeneinander ausgetauscht worden wären, auch mit dem Produkt einer kleineren Quantität gekauft worden.» Das heisst, wenn wir technische Fortschritte haben, braucht jeder weniger zu arbeiten und kann leichter einkaufen. Das ist es, was Adam Smith hier im Klartext sagt.

«Allein», fährt er fort, «dieser ursprüngliche Zustand, in welchem der Arbeiter das ganze Erzeugnis seiner Arbeit genoss, konnte nicht länger dauern, als bis die Bodenaneignung und Kapitalansammlung eingeführt wurden. Er war daher auch längst zu Ende, ehe die beträchtlichsten Vervollkommnungen in den Produktivkräften der Arbeit eintraten, und es wäre nutzlos weiter nachzuforschen, welchen Einfluss er auf den Lohn oder die Vergütung der Arbeit gehabt hätte.» Smith sagt, dass die Müssiggänger den grössten Teil verzehren, aber so ist es nun einmal und so wird es als Gesetz niedergeschrieben.

Ein Produkt, das auf den Markt kommt, entsteht nur dadurch, dass der Kapitalist sein Kapital und der Bodenbesitzer seinen Boden hergibt und ein Dritter seine Arbeit. Boden, Kapital und Arbeit bekommen also je einen Drittel des Preises. Smith nennt die «Müssiggänger» noch Besitzer von Boden und Kapital, die Geld ohne Arbeit einstecken. Später hat man dieses Gesetz als so selbstverständlich angenommen, dass man das Wort Müssiggang nicht mehr in den Mund nahm. Abgesehen davon blieben die betreffenden Leute nicht dabei, Müssiggänger zu sein, die ihren ganzen Gewinn verzehrten. Nach dem anderen Gesetz, dass fünf Millionen mehr bringen als eine Million, haben sie natürlich das Geld, das sie bekommen haben, wieder angelegt. Das Wiederanlegen von Geld geht sehr leicht, weil die Leute, die Kapital und Boden zur Verfügung stellen, von vornherein mehr haben, als sie selbst brauchen. Sie können, was sie hereinbekommen, gleich wieder ins Geschäft stecken. Die Millionen von Menschen, die die Arbeit leisten und immer nur ein Drittel ihres Arbeitsertrages bekommen, und wenn man die Steuern noch in Betracht zieht, nur ein Viertel ihres Arbeitsertrages, kommen gar nicht an den Punkt, sich auf diesem indirekten Weg Einkünfte verschaffen zu können.

Dazu muss einer viel Glück haben oder eine gute Idee, um diese Hürde auch einmal zu schaffen. Es hat ab und zu Leute gegeben, denen das gelang. Aber selbst im blühenden Amerika ist das Märchen von dem Jun-

gen, der aus der Gosse kam und Millionär wurde, ein verschwindender Einzelfall. Fast alle Millionäre waren und sind Nachkommen von Besitzern, die bereits mit Vermögen dort angekommen waren.

Smith betont noch die Kapitalansammlung und den privaten Bodenbesitz, weil er die vorherigen Zeiten noch kennt. Für ihn ist dieser Zustand noch neu. Aber 200 Jahre später ist das nicht mehr neu. Und damit haben wir dann das, was unsere Professoren heute den Volkswirtschaftsstudenten an der Uni erzählen. Dazu ein Zitat von Paul Samuelson, einem anerkannten Professor:

«In unserem Wirtschaftssystem erhalten einzelne Kapitalisten die Zinsen, Dividenden und Gewinne oder Renten und Ertragsanteile der Kapitalgüter, die sie bereitstellen. Zu jedem Stück Land und jedem Ausrüstungsteil gehört eine Urkunde, ein Eigentumsrecht, das irgend jemandem direkt gehört. Handelt es sich um eine Kapitalgesellschaft, gehört es indirekt den einzelnen Aktionären, die das Unternehmen besitzen . . . Im kapitalistischen System sind die Kapitalgüter Privateigentum. Das Einkommen, das sie erzielen, gehört ihren Besitzern.» Das ist genau dasselbe, was Adam Smith vorgebracht hat. Das Erschütternde ist nur, dass anscheinend keiner dieser Professoren nachgeforscht hat: 1) Wie dieser Zustand auf die Arbeitswelt wirkt. 2) Aus welcher Zeit dieser Zustand kommt: dass es sich dabei um ein zentralistisches Überbleibsel handelt, das in unserer Demokratie nichts zu suchen hat.

Die Ausbreitung dieses Systems ist dann von einigen Faktoren unterstützt worden, insbesondere von unserer technischen Entwicklung. Da Boden und Geld in der Hand der Kapitalbesitzer waren, als die technische Entwicklung anfang, haben auch die Boden- und Kapitalbesitzer die ganze Richtung dieser technischen Entwicklung bestimmt. Sie stiegen überall dort ein, wo neue Erfindungen angeboten wurden. Ihr Ziel war und ist die Kapitalvermehrung. Die hat man nicht mit einem besonders guten Produkt, sondern mit einem besonders grossen Umsatz.

Auf diese Weise ist dann durch die Kombination von Privatbesitz an Geld und Boden auf der einen und technischer Entwicklung auf der anderen Seite unsere Umsatz- und Verschleisswirtschaft entstanden, bei der nur noch «Umsatz, Umsatz, Umsatz» gefordert wird. Und es kann dabei keine Rücksicht mehr darauf genommen werden, was mit unserer Natur geschieht. Die Menschen, die in einer solchen Welt leben müssen, in der eine solch unsinnige Verteilung der Arbeitserträge jeden Tag stattfindet, halten es eines Tages nicht mehr aus, und die Natur hält es auch nicht mehr aus.

Dazu Auszüge aus einer Sendung des NDR: «Hilfe, die Weltbank kommt . . .», aus der Reihe «Gesichter Asiens». In dem Zitat wird ein Herr Goldsmith und ein Sprecher genannt. Goldsmith:

«Um unseren Wohlstand zu erhalten, müssen wir Projekte finanzieren.

Das ganze Hilfsprogramm von Bretton Woods mit der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und der GATT-Zollvereinbarung wurde damals ins Leben gerufen, um der Nachkriegswirtschaft im Westen wieder auf die Beine zu helfen, aber hauptsächlich auch, um die Expansion der Wirtschaft in die Dritte Welt zu sichern. Man zwang die Länder der Dritten Welt in das Industriesystem. Das bleibt nach wie vor die Aufgabe der Weltbank.»

Sprecher (als Erklärung:) «Indem man die Landwirtschaft modernisiert, zerstört man die ländlichen Gesellschaftsstrukturen, und dadurch verurteilt man die Masse der Bauern, Saisonarbeiter zu werden mit Minimallöhnen und einer völlig ungesicherten Existenz, oder man zwingt sie zur Landflucht. Diese Art der ländlichen Entwicklung ist direkt verantwortlich für die grosse Zahl der Slumbewohner in Indien» (Selbstverständlich auch in allen andern Gegenden, wo es Slums gibt, in Rio und Buenos Aires ist genau derselbe Prozess Schuld an der Menge der Slumbewohner). «Schon jetzt verursacht Entwicklung im allgemeinen die Vertreibung von einer Million Menschen vom Lande in die Slums der Grosstädte jedes Jahr.

Die Zerstörung der tropischen Regenwälder schreitet in gigantischem Masse voran. Jedes Jahr werden rund 200000 Quadratkilometer vernichtet, eine Fläche nahezu so gross wie die Bundesrepublik. Wenn diese Zerstörungsrate anhält, dann wird es in 40 Jahren keine tropischen Regenwälder mehr geben. Nichts wird mehr übrig bleiben von einem der wertvollsten und empfindlichsten Ökosysteme dieser Erde. Die Weltbank und die multinationalen Entwicklungsbanken tragen direkt zu dieser Zerstörung bei.

Der Narmada ist einer der heiligen Flüsse Indiens. Er schlängelt sich über 1300 Kilometer durch drei Bundesstaaten. In dem Narmada-Becken entsteht das grösste Bewässerungs- und hydroelektrische Energieprojekt der Welt. Insgesamt sind 30 grosse, 135 mittelgrosse und über 3000 kleinere Staudämme geplant. Die zwei Mammutstaudämme Sardar-Sarovar und Narmada Sagar werden hauptsächlich von der Weltbank finanziert. Das Grossprojekt soll Energie für die Industrie erzeugen, Bewässerungssysteme ermöglichen und die Trinkwasserversorgung verbessern. Der Preis für diesen Nutzen ist jedoch hoch. Mehr als eine Million Menschen werden vertrieben, gewaltige Wald- und Landwirtschaftsflächen überflutet und zerstört.»

Und dann bringt Herr Goldsmith einen Kommentar, der genauso für die westlichen Industrieländer wie für Indien gilt:

«Eine Regierung, (und damit ist auch eine Partei gemeint, die in der Regierung sitzt) will zuallererst an der Macht bleiben. Sie betreibt etwas, weil es politisch und nicht weil es ökologisch günstig ist. Warum baut Rajiv Gandhi den Narmada-Staudamm? Er weiss um die schreckliche Zerstö-

rung, er weiss um die Opfer von einer Million Menschen. Er weiss um die Verwandlung von riesigen Gebieten in Salzwüsten. Das alles weiss er, und warum tut er es dennoch? Weil es politisch notwendig ist, weil die drei Bundesstaaten Gujerat, Madya Pradesh und Maharastra es so wollen. Und warum wollen es diese Landesregierungen? Weil die einfachste Methode, an der Macht zu bleiben, ist, Geld zu verteilen. So entsteht bald eine industrielle oder politische Lobby die eigentlich bloss ein Projekt will, je grösser desto besser, weil sie, diese Lobby, davon profitiert, die Lobby im Lande selbst und die britischen und westdeutschen Firmen, die z.B. Turbinen liefern wollen. Alle ziehen Nutzen daraus. Tatsache ist, dass Regierungen nur ein Interesse an den Mächtigen haben, die das Land kontrollieren» (vergessen Sie das auch nicht angesichts der jetzigen Präsidentschaftswahl in Amerika).

Es geht um zuviel Geld beim Bau solcher Staudämme, es gibt zuviel Druck aus dem Westen. Wir wollen unser Maschinenequipment verkaufen, Druck seitens der Weltbank, sie will Geld verleihen. Ob die Sache nützlich ist, ökologisch, sozial oder selbst ökonomisch längerfristig gesehen, ist überhaupt nicht mehr wichtig» (denn man weiss heute schon, dass von 15 Staudämmen 12 verschlammt sind, verschlammt, weil oberhalb der Staudämme die Wälder abgeholzt sind. Das ganze Erdreich, das von keinem Wald mehr festgehalten wird, fliesst nun natürlich mit dem Regenwasser in die Staudämme, und sie können somit gar nicht zur Elektrifizierung verwendet werden. Man kann mit verschlammtem Wasser keine Turbinen betreiben, das geht nicht).

Und was hat das nun mit dem eingangs erwähnten Affen oder der Affe mit diesem Zustand zu tun? Diese fehlgeleitete Konstruktion verleitet einfach den, der etwas sammeln oder vergrössern kann, dazu, das zu tun. Nur leider fallen die gesammelten Objekte nicht wie bei dem Affen hinten herunter, sondern der Kapitalbesitzer hat einen sehr dicken Rucksack, in dem er das alles behalten kann. Da gibt es Leute, die ganze Ladenketten aufkaufen. Dann gibt es Leute, die wollen die ganze chemische Industrie haben. Es reicht ihnen nicht, dass sie hier und dort kleine Werke haben. Alles muss zu grossen Konzernen zusammengeschmiedet werden. Hierzu werden Strategien entworfen, die es ermöglichen immer mehr zu sammeln. Murdoch und Mohn-Bertelsmann, ein amerikanischer und ein deutscher Verleger, haben sich kürzlich um eine weitere grosse Verlagskette bemüht, denn der, der sie kaufen konnte, war damit der grösste Verleger der Welt. Da stellt sich die Frage: «Wozu braucht ein Mensch Hunderte von Verlagen, was kann er damit machen?»

Was der Zweck dieser Sammlungen sein soll, ist unbegreiflich: von der Sache her gesehen ist das völlig sinnlos, so wie das nutzlos zerstörte Maisfeld. Und der Effekt ist ein ähnlicher: die Welt wird arm und öde durch diese unsinnigen Konzentrationen. Dazu gehört auch, dass die

Weltbank Staudämme und andere Grossprojekte sammelt. Dieser Irrsinn ist nur dazu da, dass dem Dogma von Adam Smith und Samuelson gedient wird: Wo Kapital ausgeliehen wird, muss ein Ertrag zurückkommen. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist die Frage, ob wir diese Leute moralisch verurteilen können. Darauf die Antwort: «Nein». Wer spricht schon von dem Druck, der hinter der Weltbank steht? Dazu muss zu unserem Bedauern gesagt werden, dass dieser Druck schon in unserem Portemonnaie anfängt: Wenn wir in ein Restaurant gehen und z.B. eine Flasche Mineralwasser bestellen, dann zahlen wir die Ladenmiete von dem Ladeninhaber, die Zinsen an den Kapitalgeber, mit dessen Geld das Geschäft aufgebaut wurde, und es müssen die Kosten des Restaurants bezahlt werden, wo natürlich auch ein Teil zur Bank und ein Teil zu den Bodenbesitzern wandert. Und so geht das von der Kleinausgabe zur Grossausgabe. Selbst wenn wir uns z.B. in eine Berufsposition als Altenpfleger begeben, wo wir nicht mehr für das System arbeiten, können wir ihm nicht entrinnen. In dem Moment, wo der junge, idealistische Mann nach Hause geht und sein Brot kauft oder tankt, ist er schon wieder in dem Kreislauf, in dem er den Kapitalgewinn mitfinanziert. Er kann nicht entrinnen, er ist mitschuldig, obwohl er unschuldig ist. Das ist es, was das System so unheimlich mächtig macht.

Denken Sie jetzt z.B. an Steffi Graf oder Boris Becker. Sie schlagen ihre Bälle übers Netz, erringen ein paar Siege und werden interessant für die Industrie. Sie bekommen nicht nur ihre Preisgelder, sondern hohe Reklamegelder von Coc-Cola und Puma usw. Dann bekommt Tiriac, der Manager von Boris Becker, von den Eltern den Auftrag, das Geld gut anzulegen. Boris Becker will als privater Mensch keinen Urwald kaputtmachen, aber seine Gelder bewirken es.

Ich war selbst vor ein paar Wochen in Hamburg bei der Bayerischen Hypothekenbank und fragte, was zur Zeit die besten Anlagen wären. Man sagte mir: «Die beste Anlage ist zur Zeit die Weltbank. Sie zahlt 6%, bei den anderen Banken können Sie nur 5½% oder 5¾ bekommen. Wir würden Ihnen also raten, Ihr Geld bei der Weltbank anzulegen.» Das sagen sie bestimmt dem Herrn Tiriac genauso. Die Leute dort sind Direktoren, die die Aufgabe haben, dieses Geld wieder zu verwerten. Und wenn sie es nicht tun, dann tut es ein anderer. Auch Murdoch und Mohn können nicht mehr aussteigen. Sie haben nur einem anderen im selben System ein Geschenk gemacht, und geändert hat sich überhaupt nichts.

Und so sind wir wirklich in diesem System eingewickelt und eingefangen, solange es uns nicht gelingt, diese zentralistischen Gesetze, die nichts mit Menschenwürde zu tun haben, zu beseitigen. Wenn man dreiviertel seines Arbeitsertrages verliert, sind auch dreiviertel der Menschenwürde dahin. Ich kann dann nicht mehr bestimmen, was mit meinem Arbeitser-

trag geschieht. Eigentlich ist auch die Demokratie dahin, denn wenn die grossen Konzerne das Heft in der Hand haben, bleibt von Demokratie nicht mehr viel übrig. In der Bundesrepublik gibt es eine Menge Leute, die entsetzt sind über die Verbindung von Daimler-Benz und MBB. Das ist jetzt der einzige Rüstungskonzern der Bundesrepublik. Und was macht Herr Stoltenberg? Er nimmt den Hut ab, schiebt 4 Milliarden DM Steuergelder dorthin, und wir können nichts dazu sagen. Ein Vierteljahr vorher hat er ein Aufklärungsflugzeug genehmigt, das 25 Milliarden DM kostet. Das belegt das, was Goldsmith gesagt hat: «Regierungen sind an den Mächtigen interessiert, und dazu müssen sie deren Gelder in Bewegung setzen, denn das bringt ihnen einen festen Stand als Regierungen.» Wir sind mit unserem Arbeitsertrag dabei und werden nicht gefragt. Dadurch, dass ein altes, zentralistisches Recht in unsere Demokratie eingeschmuggelt wurde, sind wir zur Zeit in dieser furchtbaren Falle gefangen. Dafür muss ich auch unsere Professoren verantwortlich machen. Es gibt Leute, die fragen mit Recht: «Warum bezahlen wir Professoren, die auf diese Auswirkungen überhaupt keine Rücksicht nehmen, sondern nur das System, so wie es ist, ihren Studenten heute und morgen beibringen?» Jedes Jahr werden ca. 1 000 000 Menschen aus ihren Ländern vertrieben. Im Urwald leben auch Menschen, aber ihre Rechte erkennt man nicht an, weil sie keinen Privatbesitz an Boden nachweisen können. Der Indio hat keinen Privatbesitz im Urwald, und so gehört dieser bereits «niemandem». Wenn wir an diese Leute denken, dann müssen wir sagen: Privatbesitz an Boden ist Sklaverei, Privatbesitz an Geld ist Mord. So scharf muss man es wirklich ausdrücken. Das ist ein mörderisches System. Und wir alle stecken leider bis zum Hals mit darin.

Wenn ich jetzt die positive Seite der Sache angehen will, nämlich darauf zu sprechen komme, wie wir dem entgegen, dann renne ich hier bei Ihnen offene Türen ein. Das ist ja schon in Ihrer ganzen Bewegung das Anliegen. Wie entkommen wir dieser Falle?

Da ich von der Hamburger Geld- und Bodenrechtsschule komme, möchte ich kurz unser Programm vorstellen, das wir zur Lösung anbieten. Der Privatbesitz an Boden soll abgelöst werden durch ein privates Nutzungsrecht. Das soll nach unseren Vorstellungen deckungsgleich mit den jeweiligen Landesgrenzen gelten und eingeführt werden als ein Gesetz auf einen bestimmten Stichtag. Man einigt sich darauf, dass zum Beispiel zum 1.1.1995 das Bodenrecht umgestellt wird vom Privatbesitzrecht auf Nutzungsrechte. Von da an ist zuerst einmal jeder bisherige Bodenbesitzer Pächter bei der Gemeinde, die seinen Boden verwaltet, und er hätte nun eine Pacht zu bezahlen, die dem Lagewert seines Bodens und anderen Faktoren entspricht. Allerdings lehnen wir jede entschädigungslose Enteignung ab. Damit sind Gemeinde und Staat gesetzlich verpflichtet, eine

Entschädigung zu zahlen. Da aber der Besitzer vom Stichtag an eigentlich eine Pacht zu zahlen hätte, besteht die Entschädigung darin, dass er auf 30 Jahre von dieser Pacht befreit ist. Er hat also gegenüber Neupächtern, die Boden jetzt neu bekommen und gleich ihre Pacht zahlen müssen, noch 30 Jahre Freiraum. Damit wird der Bodenbesitz von ihm abgelöst.

Das ist folgendermassen zu verstehen: Für die Leute, die auf ihrem Boden bleiben wollen, ändert sich praktisch 30 Jahre lang gar nichts. Und die, die ihn dann nach 30 Jahren haben (das werden in sehr vielen Fällen die Kinder oder vielleicht Enkel sein), geniessen inzwischen die wunderbaren Vorteile der Geldreform, und es ist für sie kein Problem mehr, für den Boden eine Pacht zu zahlen.

Auf der anderen Seite gibt es natürlich auch Leute, die Boden gekauft haben, um damit zu spekulieren. Und diese werden nach der Umstellung sehr rasch verkaufen, denn was ihnen jetzt noch bezahlt wird, das ist die pachtfreie Zeit. Diese Zeit können sie immer noch in Geld verlangen, denn der, der jetzt das Land nach dem Stichtag übernimmt, hat es dann ja auch 30 Jahre pachtfrei, und das zahlt er dem Vorgänger. Haus und Hof bleiben nach wie vor Privateigentum: Jemand beschliesst zum Beispiel nach 15 Jahren, dass er in eine andere Stadt ziehen will, und er verkauft seinen Boden und sein Haus. Der Käufer muss dem Verkäufer somit neben dem Preis für das Haus noch 15 Jahre Pachtbefreiung zahlen.

Im ersten Anlauf werden wahrscheinlich sehr viele Spekulanten ihr Land zum Kauf anbieten. Dann kann vom Markt her eine Senkung der Bodenpreise erfolgen. Man bekommt dann vielleicht nicht mehr ganz soviel für sein Land, aber das spielt auch keine grosse Rolle, denn wenn der Mann von Stuttgart nach Hamburg zieht, findet er dort dieselben Verhältnisse vor. Wenn die Bodenpreise etwas gesunken sind, sind sie überall gesunken. Auf diese Weise kommen wir um das grosse Problem herum, dass die Gemeinden zum Rückkauf von Boden Gelder aufbringen müssen, die sie nicht haben. Wir haben bereits festgestellt, dass die Gemeinden überall verschuldet sind.

Im Endergebnis sollen die Pachteinahmen von dem Tag an, wo es sie gibt, jedem pro Kopf der jeweiligen Gemeinde zur Verfügung stehen, und sie werden dementsprechend verteilt oder gegen fällige Steuern verrechnet. Damit sind alle am Bodenertrag beteiligt.

Jedem ein gleich grosses Stück Boden zu geben, könnte nie Erfolg haben. Das hat man in Ostpakistan versucht, und das gab eine totale Katastrophe, zum einen, weil es besseres und schlechteres Land gibt, zum anderen, weil es Leute gibt, die mit dem Boden überhaupt nichts anfangen können oder wollen, oder ihn nur zum Wohnen verwenden wollen. Ausserdem ist der Boden in seiner Bonität viel zu verschieden. Aber es geht sehr wohl, dass der, der den guten Boden hat, mehr Pacht bezahlt und der, der den schlechten Boden hat oder einen ungünstigen Lagewert, we-

niger bezahlt, und dass dann pro Kopf aller Einwohner der Ertrag gleichmässig verteilt wird. Dann hat wirklich jeder den gleichen Anteil am Boden, inklusive Alte und Kranke. Das ist dann auch zugleich für die kinderreiche Familie eine soziale Stütze. Diese will sich sicher viel lieber an den Stadtrand setzen, wo die Kinder einen Garten haben, und zahlt da nicht soviel, wie ein Unternehmer für den Platz eines Kaufhofes am Bahnhof. Sie bekommt aber auch alles pro Kopf, was in der Gesamtgemeinde ausgeschüttet werden kann. Wie gesagt, voll zum Tragen würde das erst nach 30 Jahren kommen, wenn jeder voll herangezogen wird, aber es wäre immerhin schon abgeblockt, dass ungerechtfertigte Gewinne in die Hände der Bodeneigentümer gehen (das ist im grossen und ganzen nicht dort der Fall, wo jemand Boden selbst nützt – dieser hat keine unberechtigten Gewinne).

Dazu kommt noch etwas, das ich erwähnen muss, weil mir auch andere Programme bekannt sind. In dem von uns angestrebten System würde grundsätzlich die Bodenpacht unkündbar sein, auch über den Erbwechsel hinaus. Denn selbstverständlich will ein Mann, der ein Haus besitzt, das ja auch an seinen Sohn vererben oder ein Bauer seinen Hof vererben können. In diesem Fall ist einfach der Erbe, genauso wie im Fall des Kaufs der Käufer, Nachfolger für den vorherigen Besitzer. Solange der Nachbesitzer der Pflicht der Pachtzahlung weiterhin nachkommt, ist die Sache in Ordnung. Damit ist es juristisch nicht notwendig, dass die Pachtzahlung mit dem Tode aufhören sollte. Die Gemeinde hat keinen Nachteil, wenn der Erbe genauso seine Pflicht erfüllt, wie es der Erblasser tat. Darauf könnten wir also verzichten. Entsprechendes gilt für die heute oft übliche Begrenzung des Pachtvertrags auf 99 Jahre.

Weil der Bodenwert sich ändern kann, nach oben oder nach unten, zum Beispiel durch neue Strassen oder dadurch, dass eine Industrie wegzieht, sollte man alle 5 Jahre einmal eine Pachtangleichung durchführen.

Der Privatbesitz an Boden ist für niemanden notwendig. Wir können den Boden nicht mitnehmen, wir können gar nicht so damit umgehen wie mit anderem Privatbesitz. Um die Aktivität des Menschen auf dem Boden anzuregen, genügt es vollkommen, wenn er sicher ist, dass er lange Zeit auch den vollen Ertrag und Nutzen hat. Gorbatschow hat kürzlich verkündet, dass den russischen Bauern der Boden wieder verpachtet werden muss. So, wie es bisher mit den Staatsbetrieben gemacht wurde, geht es nicht mehr. Das hat unendliche Schäden verursacht. Es hat ein ganzes Volk 60 Jahre lang nicht nur in furchtbare Abhängigkeit, sondern auch in eine ewige Mangelsituation gebracht. Das bestätigt nur, was ich sage: die persönliche Bindung zum Boden muss aufrecht erhalten werden. Und wenn jetzt diese Leute auch noch lernen könnten, wie man ein funktionsfähiges Geldsystem einrichtet, dann wäre in Russland wahrscheinlich ziemlich schnell das Elend zuende. Wenn man den Menschen wieder Mut

zur Arbeit macht durch die Chance, selbst zu planen und am eigenen Arbeitsertrag zu profitieren, sind sie auch fähig und willig, zu arbeiten. Dasselbe würde für Jugoslawien gelten. Die Jugoslawen haben jetzt furchtbare Probleme, weil auch der halbe Kapitalismusversuch keinen Erfolg hat.

Mein Mitarbeiter hat neulich einen Herrn bei einer grossen Internationalen Konferenz für soziale Wohlfahrt in Berlin getroffen. Dieser Mann, ein Jugoslawe, äusserte im Podiumsgespräch: Wir stecken absolut in der Sackgasse, und wir müssen ein neues Konzept haben. Wir müssen, denn wir kommen daran nicht vorbei. Und Gorbatschow sagt etwas ähnliches. Inzwischen begreifen es ja vielleicht auch schon andere. Von der Not her betrachtet, sieht man es in den unterentwickelten Ländern: mit der Überschuldung geht es so nicht weiter, aber auch ebensowenig mit der bisherigen Landverteilung. In Brasilien ist heute der ganze Grundbesitz in der Hand von 3% der Brasilianer. In der Bundesrepublik ist der Grundbesitz in der Hand von 20% der Bevölkerung. In der Schweiz leben prozentual noch mehr Menschen zur Miete als in der Bundesrepublik, nämlich 70%. In der BRD sind es 60%, und der Schweizer Boden gehört 10% der Einwohner. Aber wenn wir bei den 40% der BRD-Einwohner mit eigenem Wohnsitz noch diejenigen abziehen, die bei der Bank «zur Miete» wohnen, weil sie dort verschuldet sind, dann sind es wahrscheinlich 80–90%, die kein freies Wohnungseigentum haben. Ganz unverschuldetes Eigentum haben nur sehr wenige Leute.

Nehmen wir an, es würde uns gelingen, eine Neuordnung zu erreichen: In dieser Richtung würde dann natürlich nicht nur in den Dritte-Welt-Ländern und im Ostblock, sondern auch bei uns eine ganz neue Situation entstehen.

Es gehört zur Menschenwürde und es gehört zur Demokratie, dass jeder Mensch erst einmal seinen vollen Arbeitsertrag erhält. Das System muss garantieren, dass kein Besitzeinkommen mehr existieren kann, weil für jede Mark Besitzeinkommen eine Mark auf der Seite der produktiven Arbeit verlorengelht. Das heisst, es entsteht dadurch ein Minus auf der Arbeitsseite. Übrigens eine Tatsache, die bisher nicht beachtet worden ist. Otani hat sie in seinem Buch angesprochen. Er sagt: Wenn wir 10% Zinsen zahlen, dann entsteht wirtschaftlich gesehen zwischen dem, der sie bezahlt und dem der sie bekommt, eine Differenz von 20%. Die wirtschaftliche Differenz durch den Zins ist jeweils doppelt so gross wie der Zinssatz, und das gilt natürlich ebenso für die Bodenrente. Und gerade das macht das Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich so rasant.

Was die Überwindung des Besitzeinkommens von der Geldseite her betrifft, so vertreten wir ja im Wesentlichen dieselbe Linie wie Ihr Kreis. Wir sehen die Geldverfassung vor allen Dingen als nationale Angelegenheit

an, also als einen Hoheitsanspruch, der mit allen Landesgrenzen zusammenfällt. In jedem dieser Hoheitsgebiete oder Staaten muss das dort zirkulierende Geld an das Wirtschaftsvolumen angepasst werden. Seine Verfügbarkeit für den Waren- und Leistungsaustausch muss durch eine periodische Besteuerung gesichert werden (bei den Handelsverbindungen mit anderen Ländern werden dann wie heute die Währungen gegeneinander verrechnet, sodass sich hier durch die Umstellung kein Problem ergeben kann). Die Notwendigkeit einer solchen Umlaufsicherung war ja die geniale Entdeckung Silvio Gesells, die tragende Idee für ein neues, gesellschaftliches Gleichgewicht im Austausch der Güter und Leistungen. Praktisch und juristisch gesehen einwandfrei scheint uns der Weg eines Umtausches aller Münzen und Banknoten zu einem Termin mit Überraschungseffekt einmal im Jahr, unter Einbehaltung einer Nutzungsgebühr von etwa 10%. Von den Girokonten kann dieselbe direkt abgebucht und an das Währungsamt abgeführt werden. Dieses leitet dann einen entsprechenden Gesamtbetrag der Staatskasse zu, wodurch das übrige Steueraufkommen verringert werden kann. Und so wird – ähnlich wie bei der Pro-Kopf-Verteilung der Bodenrente, der «Preis» für den Geldumlauf wieder an alle zurückverteilt. Dass die gesamte Kapitalrendite, die einen so grossen Teil unserer Arbeitserträge verschlingt, nur ein Akt der Erpressung ist aufgrund der Tatsache, dass das heutige Geld nicht unter Angebotszwang steht, brauche ich hier ja nicht weiter auszuführen.

Wenn wir hier in den Industriestaaten nicht die Zurückführung der Arbeitserträge in die Hand der produktiv arbeitenden Menschen schaffen, dann hat die Dritte Welt überhaupt keine Chance.

Und zwar nicht nur, weil erst die Invasion durch die Europäer das furchtbare, soziale Ungleichgewicht in diese Weltgegenden verschleppt hat, sondern weil in den Industrieländern heute auch alle Machtmittel zur Unterdrückung und weiteren Ausbeutung derselben konzentriert sind. Das gilt zwar auch in Bezug auf ihre eigenen Völker, die aber andererseits die einzigen sind, die sich durch den gesetzlich festgelegten Anspruch auf Demokratie und Chancengleichheit noch gegen das veraltete System zur Wehr setzen können. Wir hier müssen diese Frage sehr ernst nehmen. Wir können uns die Welt, wie sie heute ist, nicht mehr leisten, denn die Probleme, die wir erzeugt haben mit der ganzen, alten Rechtskonstruktion, die so viele Völker schon ins Unglück gestürzt hat, werden uns in absehbarer Zeit selbst verschlingen. Wenn in 40 Jahren unser Klima restlos zerstört ist, dann sind wir ja auch am Ende.

Wir sollten aber gerade angesichts dieser drohenden Gefahr eines nicht aus dem Auge verlieren: die Zerstörung unseres Klimas ist nichts anderes als eine Folge der Zerstörung des mitmenschlichen Gleichgewichts. Sozial gesehen verlangt unsere grosse Errungenschaft der Arbeitsteilung eine exakte, gerechte Abrechnung der Arbeitserträge nach dem Mass der

geleisteten und vom Markt akzeptierten Arbeit. Aber gerade das wird durch die Rendite aus Grundbesitz und durch das Kapitaleinkommen, das ja letztenendes ebenfalls im Grundbesitz seine Basis und Absicherung hat, unmöglich gemacht.

Dem Raub an den Arbeitserträgen folgt der Zwang zur Umsatz- und Renditevermehrung auf Kosten der Natur und zur menschenfeindlichen Machtvermehrung. Auch heute noch hat diese Entwicklung ihre Wurzeln in den einzelnen Ländern und ihrer Rechtsgrundlage. Aber ihre Auswirkungen haben sich über den ganzen Globus ausgebreitet.

Damit ist die Bodenfrage – so wie auch die Frage unseres Verteilermechanismus mittels des Geldes – für jeden einzelnen von uns in erster Linie ein Problem des eigenen Landes, aber gleichzeitig auch ein Weltproblem, das von den einzelnen Ländern ausgehend global gelöst werden muss.

Weiterführende Literatur

Kennedy Margrit

- «Interest and Inflation free money» – How to create an exchange medium that works for everybody, Permaculture Institute, D-Steyerberg, 1988

Otani Yoshito

- Ausweg, Band 1–5
 1. Die grosse Täuschung – Marx und Marxismus
 2. Entstehung und Geschichte des Kapitalismus
 3. Die Bodenfrage und ihre Lösung
 4. Ursprung und Lösung des Geldproblems
 5. Demokratie
- Arrow Verlag, Gesima Vogel, Neu-Ulm, 1981
- Licht und Schatten Europas, Arrow Verlag, Gesima Vogel, Neu-Ulm, 1980

Suhr Prof. Dr. Dieter

- Geld ohne Mehrwert, Fritz-Knapp-Verlag, Frankfurt a.M. 1983 *
- Auf Arbeitslosigkeit programmierte Wirtschaft

Creutz Helmut

- Bauen, Wohnen, Mieten (Welche Rolle spielt das Geld?) Fachverlag für Sozialökonomie 1987
- Die Sicherung des Geldumlaufs in der Praxis

Creutz, Suhr, Onken

- Wachstum bis zur Krise, Basis Verlag, Berlin 1986

Gesell Silvio

- Die natürliche Wirtschaftsordnung, Rudolf Zitzmann Verlag, 1949 (neunte Auflage) *

Bernoulli Hans

- Die Stadt und ihr Boden, Verlag für Architekten, 1949

Binswanger Prof. Dr. Hans-Christoph

- Arbeit ohne Umweltzerstörung *
- Eigentum und Eigentumspolitik. Beitrag zur Totalrevision der Bundesverfassung, mehrere Autoren, Verlag Schulthess, 1978 *

Schwarz Fritz

- Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker, 1945

Matthias Robert

- Ökologie und Bodenreform, 1988, LSP Schweiz

Weitkamp Hans

- Der Weg zur Emanzipation der Frau, Zeitschrift für Sozialökonomie, Heft 36/37, März 1978

INWO (Internationale Vereinigung für natürliche Wirtschaftsordnung)

- Die Zukunft der Ökonomie, 1984 (auch in Englisch und Spanisch) *
- Silvio Gesell zum 125. Geburtstag, 8 Vorträge 1987 (Creutz, Suhr, Kennedy, Binswanger)

Leitlinien:

- Parteiprogramm der Liberalsozialistischen Partei der Schweiz (LSPS), 1986 *

Zeitschriften:

- Evolution, Postfach 59, 4004 Basel
- Zeitschrift für Sozialökonomie, Gauke-Verlag, Postfach 1230, D-2322 Lütjenburg
- Fragen der Freiheit, Seminar für freiheitliche Ordnung e.V., Badstrasse 35, D-7325 Boll
- «883», Nr. 90/1983. Zu beziehen über: Rhizom Buchladen, Eisenacher Str. 57, 1000 Berlin 62
- Blätter für ein neues Bodenrecht, vierteljährlich, Schweizerische Gesellschaft für ein neues Bodenrecht, Bern *

* zu beziehen bei LSP, Säntisstrasse 2, 8302 Kloten

